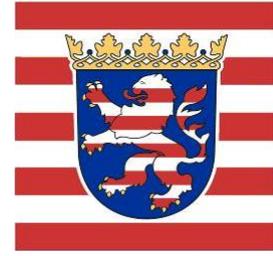




HESSEN



Bericht aus Brüssel

23/2023 vom 08.12.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	9
Energie.....	9
Digital.....	11
Forschung.....	12
Finanzdienstleistungen.....	14
Finanzen.....	15
Soziales.....	15
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	16
Umwelt.....	18
Landwirtschaft.....	23
Justiz.....	24
Inneres.....	25
Bildung und Kultur.....	29
Veranstaltungen.....	29
Vorschau.....	31

Institutionelles

Kommission; Mitteilung „Kein Platz für Hass: Ein geeintes Europa gegen Hass“ vorgelegt

In ihrer Mitteilung vom 06.12.2023 legen die Kommission und der Hohe Vertreter der EU / Vizepräsident, Josep Borrell, ihre Initiativen dar, um Hass in all seinen Formen zu bekämpfen und die bereits vorhandenen Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, Digitales, Bildung, Kultur und Sport zu verstärken. Dies schließt die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Schutz von Stätten der Religionsausübung ein. Ferner werden die Maßnahmen durch die Benennung von Beauftragten unterstützt, die ein ausdrückliches Mandat erhalten, um das Potenzial der EU-Politik zur Bekämpfung von Hass zu maximieren. Die Kommission hat in der o.g. Mitteilung alle Europäer aufgerufen, sich gegen Hass zu stellen und für Toleranz und Respekt einzutreten. Europa habe in den letzten Wochen eine alarmierende Zunahme von Hassreden und Hassverbrechen erlebt und es habe sich gezeigt, dass jüdische und muslimische Gemeinschaften besonders betroffen seien, so die Kommission. Wissen und Sensibilisierung seien die Schlüssel zu gegenseitigem Respekt und Toleranz. Diese Werte ließen sich am besten über Medien, Bildung, Kultur oder Sport vermitteln. Die Koordinatoren der Kommission für die Bekämpfung von Rassismus, für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung des jüdischen Lebens sowie für die Bekämpfung des Hasses gegen Muslime hätten in der Vergangenheit eine wichtige Rolle bei der Einbeziehung von Gemeinschaften und der Bürgerinnen und Bürger gespielt. Diese Arbeit werde nun weiter gestärkt.

[https://Communication on “No place for hate: a Europe united against hatred” | European Commission \(europa.eu\)](https://communication.on/No+place+for+hate%3A+a+Europe+united+against+hate%22+|+European+Commission+(europa.eu))

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Bericht Beziehungen EU-Türkei

Am 29.11.2023 nahm die Kommission eine Mitteilung zum Stand der politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei an. Diese Mitteilung wurde auf Ersuchen des Europäischen Rates (ER) vom 29./30.06.2023 ausgearbeitet. Darin werden der Stand der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei in Schlüsselbereichen dargelegt und Empfehlungen ausgesprochen, die darauf abzielen, die Beziehungen in dem derzeitigen sich rasch wandelnden geo- und sicherheitspolitischen Umfeld strategisch und zukunftsorientiert voranzubringen. Die Kommission habe weiterhin ein strategisches Interesse an einem stabilen und sicheren Umfeld im östlichen Mittelmeerraum sowie an der Entwicklung kooperativer und für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen zur Türkei. Es sollen daher zusätzliche Schritte unternommen werden, um in Schlüsselbereichen konstruktiv zusammenzuarbeiten, während gleichzeitig unbedingt die der EU zur Verfügung stehenden Instrumente und Optionen zur Verteidigung der Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten weiterhin genutzt werden sollen.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/joint-communication-european-council-state-play-eu-turkiye-political-economic-and-trade-relations-0_de

Kommission; Rat; EU-China Gipfeltreffen

Am 07.12.2023 haben sich die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, in zwei gesonderten Sitzungen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Qiang ausgetauscht. Themen des Gipfeltreffens waren der Stand der Beziehungen zwischen der EU und China sowie internationale

Fragen, darunter der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie die Lage im Nahen Osten. Im Zentrum der Gespräche standen die Herausforderungen angesichts der wachsenden geopolitischen Spannungen. Weiterhin fand ein Austausch über die Möglichkeiten zur Gewährleistung ausgewogener und auf Gegenseitigkeit beruhender Handelsbeziehungen sowie Bereiche von gemeinsamem Interesse, wie z.B. Klimawandel, Ernährungssicherheit, globale Gesundheit und Pandemievorsorge, statt. Zum Thema Wettbewerb betonte von der Leyen die Bedeutung von Fairness. Die Kommissionspräsidentin betonte, dass die EU bei ihren Beziehungen zu China auf Risikominderung setze, nicht auf Entkopplung.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2023/12/07/>
https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-china-gipfel-peking-guter-und-offener-austausch-2023-12-07_de

Ausschuss der Regionen

AdR; 158. AdR-Plenarsitzung

Am 29./30.11.2023 fand das 158. AdR-Plenum statt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Ausbau der nachhaltigen und effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern“, „Bericht über die Wettbewerbspolitik 2022“, „EU-Rahmen für die Korruptionsbekämpfung“, „Kulturförderung im ländlichen Raum im Rahmen der Strategien für Entwicklung und territorialen Zusammenhalt und der Agenda 2030“, „die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027“, „Schluss mit geschlechtsspezifischer Gewalt – Städte und Regionen als Vorreiter“, „die Gemeinsame Fischereipolitik vor Ort: für nachhaltige und widerstandsfähige Küstengemeinden in der EU“, „Bottom-up-Ansatz zur Entwicklung eines europäischen wertebasierten Sportmodells: ein Mittel zur Förderung der Inklusion und des sozialen Wohlergehens junger Menschen in Europa“, „Die Bedeutung der Städte für die Gesundheitsförderung“, „eine Multi-Level-Governance für den Grünen Deal: Überarbeitung der Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz“, „EU-Rechtsakt zur Cybersolidarität und zur digitalen Resilienz“ sowie „die Europäische Wasserstoffbank“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Elisa Ferreira, für Kohäsion und Reformen zuständiges Mitglied der Kommission sowie mit Mercedes Caballero Fernández, Generalsekretärin für Europäische Fonds beim spanischen Finanzministerium sowie mit Jutta Urpilainen, zuständiges Mitglied der Kommission für Internationale Partnerschaften.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2191182&meetingSessionId=2248535>

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 06.12.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Stellungnahmeentwurf „KMU-Entlastungspaket und BEFIT“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192388&meetingSessionId=2241435>

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung

Am 08.12.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fanden Abstimmungen zum Stellungnahmeentwurf „Europäischer Behindertenausweis und Europäischer Parkausweis für Menschen mit Behinderungen“ sowie „eine integrierte EU-Strategie zur Unterstützung ortsbezogener Innovationen für den grünen und den digitalen

Wandel“ statt. Darüber hinaus gab es einen Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „Verbesserung der Inklusion von Kindern durch Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und regionaler Ebene“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192445&meetingSessionId=2241601>

Wirtschaft

Kommission; EU und Indien unterzeichnen Arbeitsabkommen über Halbleiter

Am 24.11.2023 haben die EU und Indien ein Halbleiterabkommen unterzeichnet. Das „Memorandum of Understanding“ umfasst Vereinbarungen über die künftige Zusammenarbeit beim Halbleiter-Ökosystem, dem Aufbau entsprechender Lieferketten sowie über die Förderung von Innovationen. Dabei geht es um die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Die Teilnehmer beabsichtigen u.a. auch, sich gegenseitig über die im Halbleitersektor gewährte öffentliche Unterstützung zu informieren.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/memorandum-understanding-semiconductors-india>

Rat; Ratifizierung eines Freihandelsabkommens mit Neuseeland

Am 27.11.2023 hat der Rat Auswärtigen Angelegenheiten (Handel) den Beschluss zur Ratifizierung eines Freihandelsabkommens mit Neuseeland angenommen. Ziel ist die Vertiefung der wirtschaftlichen Partnerschaft und die Förderung offener Handelsbeziehungen. Vorgesehen sind u. a. die Abschaffung von Zöllen und die diskriminierungsfreie Behandlung von EU-Investoren in Neuseeland und umgekehrt. Mit dem Freihandelsabkommen werden jährliche Zollsenkungen für EU-Unternehmen von ca. 140 Mio. EUR prognostiziert. Es wird in den ersten 10 Jahren ein Wachstum des bilateralen Handels um bis zu 30% sowie ein jährlicher Anstieg der EU-Exporte um bis zu 4,5 Mrd. EUR erwartet. EU-Investitionen in Neuseeland dürften um 80% ansteigen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/11/27/>

Rat; Sitzung des Rates Auswärtige Angelegenheiten (Handel)

Am 27.11.2023 hat die Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten (Handel) stattgefunden. Thematisiert wurden die Annahme und die Unterzeichnung des Interimshandelsabkommens mit Chile. Ebenso besprochen wurde das weitere Vorgehen bei den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Hierbei lag der Fokus sowohl auf der Globalen Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium als auch auf das Abkommen über kritische Mineralien. Mit Abschluss des Abkommens soll die EU nach dem „Inflation Reduction Act“ der USA als Freihandelspartner gelten, wenn es um die Beschaffung kritischer Mineralien für Elektrofahrzeuge geht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/11/27/>

Kommission; Einführung von vorläufigen EU-Antidumpingmaßnahmen gegen Polyethylenterephthalat (PET)-Erzeugnisse aus China

Die Kommission hat mit Veröffentlichung im Europäischen Amtsblatt am 28.11.2023 vorläufige Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter Kunststoffherzeugnisse aus PET aus China eingeführt. Auf chinesische PET-Kunststoffprodukte werden Zölle erhoben, die zwischen 6,6% und 24,2% je nach ausführendem Hersteller liegen. Diese Zölle gelten für einen Zeitraum von maximal sechs Monaten. Die vorläufigen Zölle sind das Ergebnis einer EU-Untersuchung. Diese kam zu dem Ergebnis, dass das Dumping

der chinesischen Einfuhren eine unmittelbar bevorstehende Schädigung der EU-Produzenten darstellt.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202302659

Kommission; Mitteilung Beschwerdepunkte in einem Starterbatterien-Kartellfall

Die Kommission hat am 30.11.2023 fünf Hersteller von Starterbatterien (Banner mit Verkaufsniederlassung in Hessen, Clarios, Exide, FET und Rombat sowie den Fachverband EUROBAT inklusive seines Dienstleisters Kellen) über einen Verdacht eines Verstoßes gegen die EU-Kartellvorschriften informiert. Es wird angenommen, dass diese Unternehmen von 2004 bis 2017 Absprachen getroffen haben, um die Preise für Starterbatterien im Europäischen Wirtschaftsraum zu erhöhen. Die Untersuchung betrifft Starterbatterien für neue Pkw und Ersatzteile. Die Mitteilung der Beschwerdepunkte ist ein formaler Schritt im Untersuchungsprozess und greift dem Ergebnis der Untersuchung nicht vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6146

Kommission; Zusammenarbeit von EU und Grönland bei nachhaltige Rohstoffwertschöpfungsketten

Am 30.11.2023 unterzeichneten die Kommission und die Regierung Grönlands eine Grundsatzvereinbarung über eine strategische Partnerschaft zur Entwicklung nachhaltiger Rohstoffwertschöpfungsketten. Sie umfasst die gesamte Wertschöpfungskette sowie die erforderliche Infrastruktur. Gemeinsam soll an hohen internationalen Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards zur Gewinnung der Bodenschätze gearbeitet werden. Die Zusammenarbeit umfasst auch den Bereich des Kompetenzaufbaus sowie Forschung, Entwicklung und Innovation, vor allem im Bereich der nachhaltigen Exploration. Unter Nutzung des Copernicus-Erdbeobachtungsdatendienstes, aber auch bei Verarbeitung und Veredelung von Rohstoffen sollen Verbesserungen erreicht werden. 25 der 34 kritischen Rohstoffe, die von der Kommission als strategisch wichtig für die europäische Industrie und den ökologischen Wandel eingestuft wurden, befinden sich in Grönland.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6166

Rat; Sitzung des Rates Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion)

Am 30.11.2023 hat der Rat Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion) getagt. Er verabschiedete Ratsschlussfolgerungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik. In Bezug auf den Zeitraum 2014 bis 2020 betont der Rat, dass der wirksame Abschluss der Programme in den Mittelpunkt gerückt werden muss. Er fordert daher alle Beteiligten auf, Ergebnisse und Nutzen der Kohäsionspolitik umfassend in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Mitgliedstaaten und Kommission werden aufgefordert, für einen raschen Beginn der Umsetzung der Programme für den Zeitraum 2021 bis 2027 zu sorgen. Grundsätzlich betont der Rat aber auch, dass die Kohäsionspolitik eine Politik für alle Regionen sei. Die Kommission wird aufgefordert, für die Debatte über die Kohäsionspolitik ab 2028 Optionen auszuarbeiten, wie die Kohäsionspolitik die Regionen insbesondere im Hinblick auf den grünen und den digitalen Wandel und den unterschiedlichen sozioökonomischen Entwicklungsstand besser und gezielter unterstützen kann. Zudem führte der Rat eine Aussprache zu den langfristigen Auswirkungen der Kohäsionspolitik auf die Regionen der EU sowie auch zur Frage, wie die Kohäsionspolitik dazu beitragen könne, die Souveränität und strategische Autonomie der EU in allen Regionen der EU zu fördern. Die Minister und Ministerinnen betonten den Mehrwert der Kohäsionspolitik im Vergleich zu anderen politischen Strategien und Instrumenten der EU. Sie forderten aber auch, dass mehr Synergien zwischen den verschiedenen Instrumenten nötig seien, um bei den wichtigsten Zielen

der Kohäsionspolitik bessere Ergebnisse zu erzielen.
<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2022/11/22/>

EuRH; Sonderbericht zum öffentlichen Auftragswesen in der EU

Der EuRH hat am 04.12.2023 einen Sonderbericht (28/2023) "Öffentliches Auftragswesen in der EU: Weniger Wettbewerb bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen im Zeitraum 2011–2021" veröffentlicht. Der EuRH kommt zu dem Ergebnis, dass die Reformvorschriften aus dem Jahr 2014 nicht dazu geführt haben, das öffentliche Auftragsverfahren attraktiver zu machen und damit auch den Wettbewerb zu stärken. Die Reform von 2014 sei auch in Sachen Bürokratieabbau nicht zielführend gewesen. Die Dauer der Verfahren habe sich im Laufe der letzten zehn Jahre sogar um 50% erhöht. Die Anbieter wie auch die auftraggebenden Behörden hielten laut EuRH die Verfahren – im Vergleich zu der flexibleren Auftragsvergabe im Privatsektor – für schwerfällig. Auch der Anteil der an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vergebenen Aufträge sei leider nicht gestiegen. Der EuRH fordert die Kommission u.a. auf, einen Aktionsplan vorzulegen und darin die Ziele bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klar festzulegen sowie zudem Maßnahmen zur Beseitigung der wichtigsten Wettbewerbshindernisse vorzulegen.

<https://www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2023-28>

Rat; Annahme eines Rahmenabkommens zwischen der EU und Chile

Der Rat hat am 04.12.2023 zwei Beschlüsse zur Unterzeichnung des fortgeschrittenen Rahmenabkommens (AFA) und des Interims-Handelsabkommens (iTA) mit Chile angenommen. Die beiden Abkommen sind zusammen eine aktualisierte Fassung des derzeit geltenden Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile. Das neue Abkommen soll die strategische Autonomie der EU stärken, aber auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Chile und die Zusammenarbeit und den Handel vertiefen. Es soll auch dazu beitragen, neue globale Herausforderungen, wie die Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine, einschließlich der weltweiten Inflation, der Unterbrechung der Lieferketten und der Energiekrise, gemeinsam zu bewältigen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/12/04/eu-chile-council-adopts-decisions-for-a-modernised-association-agreement/>

Kommission; Gemeinsames Unternehmen für Chips gegründet

Das Gemeinsame Unternehmen für Chips ist das wichtigste Instrument zur Umsetzung der Initiative „Chips für Europa“. Das Gemeinsame Unternehmen für Chips soll das Halbleiter-Ökosystem und die wirtschaftliche Sicherheit Europas stärken und dazu bis 2030 ein von der EU und den teilnehmenden Staaten bereitgestelltes Budget von fast 11 Mrd. EUR verwalten. Dafür hat die Kommission die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen angekündigt, es stehen 1,67 Mill. EUR bereit. Diese dürften durch Mittel der Mitgliedstaaten (MS) auf 3,3 Mill. EUR anwachsen sowie durch zusätzliche private Mittel ergänzt werden. Vorschläge für Pilotanlagen können bis Anfang März 2024 eingereicht werden. Für die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für innovative Pilotlinien wird das Gemeinsame Unternehmen Chips EU-Mittel in Höhe von 1,67 Mrd. EUR bereitstellen. Die Aufforderungen richten sich an Organisationen, die Pilotlinien in den MS einrichten wollen, in der Regel Forschungs- und Technologieorganisationen. Folgende Bereiche werden aufgeführt: Vollständig abgereichertes Silizium auf Halbleitern (Fully Depleted Silicon on Insulator), in der Größenordnung von 7 Nanometern (nm). Diese Transistorarchitektur ist eine europäische Innovation und hat deutliche Vorteile für Hochgeschwindigkeits- und energieeffiziente Anwendungen. Ein Fahrplan in Richtung 7 nm wird den Weg zur nächsten Generation von Hochleistungs-Halbleiterbauelementen mit geringem

Stromverbrauch weisen. Außerdem Verfahren unter 2 nm: Diese Pilotlinie wird sich auf die Entwicklung von Spitzentechnologien für fortgeschrittene Halbleiter mit einer Größe von 2 nm und darunter konzentrieren, die in einer Vielzahl von Anwendungen - von Computern bis hin zu Kommunikationsgeräten, Verkehrssystemen und kritischer Infrastruktur - eine wesentliche Rolle spielen werden. Als weiterer Bereich ist für Vorschläge offen Heterogene Integration ist eine zunehmend attraktive Technologie für Innovation und Leistungssteigerung. Sie bezieht sich auf den Einsatz fortschrittlicher Gehäusetechnologien und neuartiger Techniken zur Kombination von Halbleitermaterialien, Schaltkreisen oder Komponenten in einem kompakten System, und Halbleiter mit breiter Bandbreite (Wide Bandgap Semiconductors): Der Schwerpunkt liegt auf Materialien, die es elektronischen Geräten ermöglichen, bei wesentlich höheren Spannungen, Frequenzen und Temperaturen als Standardgeräte auf Siliziumbasis zu arbeiten. Halbleiter mit breitem Bandabstand und ultrabreitem Bandabstand sind notwendig, um hocheffiziente Leistungs-, Gewichts- und Kostenreduzierungen sowie Hochfrequenzelektronik zu entwickeln.

<https://www.chips-ju.europa.eu/>

Rat; Erörterungsthemen des Rates Allgemeine Angelegenheiten (Handel)

Am 27.11.2023 tagte der Rat Allgemeine Angelegenheiten (Handel). Wichtigste Diskussionsthemen des Rates waren die Vorbereitungen für die 13. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im Februar 2024 in Abu Dhabi sowie die Diskussion über den Sachstand zu den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Dabei ging es u.a. um die globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium und auch um das geplante Abkommen über kritische Minerale. Zudem unterrichtete die Kommission den Rat über die Umsetzung und Durchsetzung der EU-Handelspolitik. Es wurde über den Stand der laufenden Verhandlungen zu Handelsabkommen sowie über bereits ausgehandelten Handelsabkommen beraten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/11/27/>

Rat; Ergebnisse der Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrats (Binnenmarkt und Industrie)

Am 07.12.2023 tagte der Wettbewerbsfähigkeitsrat in der Formation Binnenmarkt und Industrie. Der Rat nahm eine allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsvorschlag zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung) an. Ziel der Verordnung ist, Technologien, die zur CO₂-Neutralität beitragen, vermehrt innerhalb der EU zu produzieren. Bis 2030 sollen 40% der in der EU nachgefragten Technologien auch in der EU hergestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Genehmigungsverfahren und Beihilferegeln vereinfacht werden. Die Allgemeine Ausrichtung des Rates befürwortet, die Kernenergie und alternative Brennstoffe in die Liste der strategischen Netto-Null-Technologien aufzunehmen und erweitert dabei u.a. die Liste der nicht-strategischen Technologien um biotechnologische Klima- und Energielösungen, andere Nukleartechnologien und transformative industrielle Technologien für energieintensive Industrien. Die allgemeine Ausrichtung des Rates sieht u.a. auch vor, dass die Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit haben, „regulatorische Sandkästen“ einzurichten. Start-ups sollten auch von den besonderen Maßnahmen für die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) an diesen „Sandkästen“ profitieren. Zudem führte der Rat eine Orientierungsaussprache über den Vorschlag für eine Verordnung über das Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Erzeugnissen auf dem Unionsmarkt. Die Minister und Ministerinnen unterstützten das allgemeine Ziel der vorgeschlagenen Verordnung, Zwangsarbeit zu bekämpfen. Sie betonten, dass die Bemühungen der EU in diesem Bereich gestrafft werden müssen, indem die vorgeschlagene Verordnung sowohl mit

internationalen Standards als auch mit den EU-Rechtsvorschriften in Einklang gebracht würde. Unter „Sonstiges“ gab es eine ganze Reihe von Informationspunkten, so u.a. Informationen einzelner Delegationen zur gemeinsamen Initiative zum Bürokratieabbau sowie auch die Vorstellung des Arbeitsprogramms der kommenden BEL-Ratspräsidentschaft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2023/12/07/>

V e r k e h r

Rat; Sitzung des Rates für Verkehr, Energie und Telekommunikation (Verkehr)

Am 04.12.2023 fand die Sitzung des Rates für Verkehr, Energie und Telekommunikation statt. Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung zu einer vierten Reform der Rechtsvorschriften über Führerscheine fest, die darauf abzielt, die Straßenverkehrssicherheit zu verbessern und die Freizügigkeit zu erleichtern. Der Rat legte ferner eine allgemeine Ausrichtung zum grenzüberschreitenden Austausch von Informationen über Verkehrsdelikte fest, die darauf abzielt, die Straßenverkehrssicherheit weiter zu verbessern. Der Rat legte seinen Standpunkt zu einer überarbeiteten Verordnung über Ruhezeiten und Pausen für Fahrer im Personengelegenenverkehr fest. Der Rat legte einen Standpunkt zu einer Verordnung über die Erfassung der Treibhausgasemissionen von Verkehrsdiensten fest. Außerdem legte der Rat seinen Standpunkt zu vier Vorschlägen über die Hafenstaatkontrolle, die Verschmutzung durch Schiffe, die Einhaltung der Flaggenstaatpflichten und die Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr fest, die alle im Rahmen des Gesetzgebungspakets zur Seeverkehrssicherheit von der Kommission vorgelegt worden waren. Der Rat nahm Kenntnis von einem Fortschrittsbericht über einen Kommissionsvorschlag zu höchstzulässigen Gewichten und Abmessungen schwerer Nutzfahrzeuge, der ebenfalls als integraler Bestandteil des Pakets „Ökologisierung des Güterverkehrs“ vorgelegt wurde. Der Vorsitz unterrichtete den Rat über den Sachstand bei anderen Gesetzgebungsvorschlägen, darunter die Überarbeitung der Verordnung über EU-Leitlinien für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V), das „Paket“ zum einheitlichen europäischen Luftraum 2+ (SES2+) sowie die Richtlinie über die EU-weite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den Entzug der Fahrerlaubnis.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2023/12/04/>

E n e r g i e

Kommission; Aktionsplan zu Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus der Stromnetze

Am 28.11.2023 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Beseitigung der Lücken bei der Umstellung auf saubere Energie vorgestellt. Dieser hat zum Ziel, dass das Stromnetz bis 2030 effizienter funktionieren soll und weiter ausgebaut wird. Dies soll u. a. mittels der Einführung von regulatorischen Anreizen, der schnelleren Genehmigung des Netzausbaus, der besseren Einbindung von Interessenträgern und Gemeinschaften und eines verbesserten Zugangs zu Finanzmitteln für Netzprojekte geschehen. Dadurch soll der Übergang zu kostengünstigerer und sauberer Energie für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen vereinfacht werden. Bis 2030 wird ein Anstieg des Stromverbrauches in der EU von 60% erwartet. Bis dahin müsse das Stromnetz stärker digitalisiert, dezentralisiert und flexibler werden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2023%3A757%3AFIN&qid=1701167355682>

Rat; EP; Einigung Binnenmärkte erneuerbare Gase, Erdgas und Wasserstoff

Am 28.11.2023 erzielten Rat und EP eine vorläufige Einigung über die Richtlinie zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbare Gase, Erdgas und Wasserstoff. Ziel der Richtlinie ist es, die Verbreitung erneuerbarer und CO₂-armer Gase im Energiesystem zu erleichtern und den Übergang von fossilem Gas zu nachhaltigeren Energiequellen zu unterstützen. Die Einigung beinhaltet die Trennung von Fernleitungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern für Wasserstoff. Zudem sollen Regelungen für den Verbraucherschutz eingeführt werden, darunter das Recht auf Wechsel des Versorgers oder Marktteilnehmers ohne Diskriminierung bei den Kosten. Auch sollen Mechanismen zur Kundenabkopplung eingeführt werden, um schutzbedürftige Kunden vor der Stilllegung des Gasnetzes oder dessen Umwidmung für Wasserstoff zu schützen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/28/internal-markets-in-renewable-and-natural-gases-and-in-hydrogen-council-and-parliament-reach-deal/>

Kommission; Verlängerung der Energienotfallmaßnahmen

Am 28.11.2023 legte die Kommission einen Bericht über die Überprüfung der Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22.12.2022 zur Festlegung eines Rahmens für die beschleunigte Nutzung erneuerbarer Energie vor. Zudem legte sie drei Vorschläge für die Verlängerung der Energienotfallmaßnahmen um ein Jahr vor. Die Maßnahmen sollen die Gasversorgungssicherheit und die Widerstandsfähigkeit des Marktes stärken. Vorgesehen ist die Verlängerung der drei Hauptmaßnahmen Gassolidaritätsmechanismus, Marktkorrekturmechanismus und Regeln für die Genehmigung erneuerbarer Energieprojekte. Die Gassolidaritätsmaßnahmen würden andernfalls zum 30.12.2023 auslaufen, während die Marktkorrekturmechanismen zum 01.02.2024 auslaufen würden. Die Regeln für die Genehmigung erneuerbarer Energieprojekte in der sogenannten Notfallverordnung zur Beschleunigung der Verfahren für den Ausbau der erneuerbaren Energien würden sonst zum 30.06.2024 auslaufen. Alle Maßnahmen sollen nach den Vorschlägen der Kommission um ein Jahr verlängert werden. Zudem soll die o.a. Notfallverordnung auch inhaltlich überarbeitet werden.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-prolongs-energy-emergency-measures-12-months-2023-11-28_de

Kommission; Vorschlag grenzüberschreitender Energievorhaben

Am 28.11.2023 hat die Kommission im Rahmen eines delegierten Rechtsaktes die erste Liste von Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) und Vorhaben von gegenseitigem Interesse (PMI) angenommen, die im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal steht. Diese grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekte sollen dazu beitragen, die Energie- und Klimaziele der EU zu erreichen. Projekte mit PCI-Status profitieren von beschleunigten Genehmigungs- und Regulierungsverfahren sowie möglicher finanzieller Unterstützung aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) der EU. Die Liste, im Rahmen der überarbeiteten Verordnung über die transeuropäischen Energienetze (TEN-E) erstellt, setzt den Schwerpunkt auf zukünftige grenzüberschreitende Energieinfrastruktur. Diese umfasst insgesamt 166 PCI-Projekte innerhalb der EU sowie erstmals PMI-Projekte, die die EU mit Drittstaaten verbinden. Die Kommission plant, diese Projekte bis 2030 abzuschließen, um die Netzkapazität der EU zu verdoppeln und das Ziel eines Anteils von 42,5 % erneuerbarer Energien zu erreichen.

https://energy.ec.europa.eu/publications/delegated-regulation-first-union-list-projects-common-and-mutual-interest_en

Kommission; Beschluss zur Genehmigung der Änderungen der Beihilfemaßnahmen zur Förderung der Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas

Die Kommission gab am 07.12.2023 bekannt, dass sie die von DEU angemeldeten Änderungen an den Beihilfemaßnahmen zur Förderung der Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas genehmigt hat (SA.108070). Die ursprünglichen Maßnahmen hatte die Kommission im Dezember 2022 zusammen mit der Regelung zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2023 (SA.102084) genehmigt. Die Maßnahmen zur Förderung der Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas zielen darauf ab, im Einklang mit den Zielen des „REPowerEU-Plans“ zeitlich befristete Anreize zu schaffen, um die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien auf kosteneffiziente Weise zu erhöhen. Die Änderungen, die von DEU beantragt wurden, sind inhaltlicher Art und umfassen auch die Verlängerung von Fristen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_6427

Digital

Rat; Verabschiedung des EU-Datengesetzes

Am 27.11.2023 hat der Rat das EU-Datengesetz („Data Act“) verabschiedet. Die Verordnung legt im Kern fest, wer unter welchen Bedingungen und auf welcher Grundlage berechtigt ist, Produktdaten oder verbundene Daten von Diensten zu nutzen. In diesem Rahmen werden fünf Aspekte der Datenwirtschaft geregelt: Der Zugriff auf Daten im Internet der Dinge, die Beseitigung unfairer Vertragsgestaltungen zu Lasten von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die Bereitstellung von Daten der Privatwirtschaft für öffentliche Zwecke, das Erleichtern des Wechsels zwischen Cloud-Diensten sowie die Förderung von technischer Standardisierung und Interoperabilität. Für die Zwecke der Verordnung bezeichnet der Ausdruck „Daten“ jede digitale Darstellung von Handlungen, Tatsachen oder Informationen sowie jede Zusammenstellung solcher Handlungen, Tatsachen oder Informationen auch in Form von Ton-, Bild- oder audiovisuellem Material. Nach der erfolgten Verabschiedung durch den Rat wird die neue Verordnung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/11/27/data-act-council-adopts-new-law-on-fair-access-to-and-use-of-data>

Kommission; IPCEI-Vorhaben zu Cloud- und Edge-Computing genehmigt

Am 05.12.2023 hat die Kommission ein IPCEI-Vorhaben („Important Project of Common European Interest“) genehmigt, welches das Zusammenwirken von IT-Ressourcen in Netzwerken (Clouds) und Rechenstandorten am Rand von Netzwerken (Edge) vorantreiben soll. Sieben Mitgliedstaaten (DEU, FRA, ITL, NDL, POL, ESP und HUN) werden bis zu 1,2 Mrd. EUR an öffentlichen Mitteln bereitstellen, um Forschung, Entwicklung und die gewerbliche Nutzung fortgeschrittener Cloud- und Edge-Computing-Technologien durch 19 Unternehmen in 19 Innovationsvorhaben zu unterstützen. Ziel ist die Entwicklung des sog. „Multi-Provider-Cloud-to-Edge-Kontinuums“, des ersten interoperablen und offen zugänglichen Datenverarbeitungs-Ökosystems in der EU. Durch öffentliche Mittel sollen zusätzliche private Investitionen von 1,4 Mrd. EUR ermöglicht werden. Das Vorhaben trägt den offiziellen Titel „IPCEI Next Generation Cloud Infrastructure and Services“ (IPCEI CIS).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_6246

Kommission; Horizont Europa; hochrangige Expertengruppe

Am 05.12.2023 hat die Kommission die Zusammensetzung einer neuen Expertengruppe bekannt gegeben, die sich mit dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa befasst sowie zum Thema „Zwischenbewertung“ des Programms arbeiten und EU-Entscheidungsträger beraten wird. Unter dem Vorsitz von Manuel Heitor, Professor an der Universität Lissabon, bringt die Gruppe Expertinnen und Experten aus der EU zusammen, die in den verschiedensten Bereichen tätig sind und Ratschläge zum Stand von Forschung und Innovation (F&I) in der EU geben sollen. Aus einem Pool von 359 Bewerbungen wurden 15 Expertinnen und Experten ausgewählt. Aus DEU wurde Georg Schütte, Generalsekretär der Volkswagen Stiftung nominiert. Die Gruppe wird zwischen Januar und Oktober 2024 monatlich tagen und anschließend sodann einen Bericht zur Frage erstellen, wie das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation in der verbleibenden Laufzeit bis 2027 weiterhin Mehrwert schaffen kann. Der Bericht soll dabei sowohl strategische Ratschläge als auch konkrete Vorschläge dazu enthalten, wie z.B. das Programm flexibel auf sich ändernde Bedürfnisse reagieren und wie es attraktiv bleiben kann.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/expert-group-interim-evaluation-horizon-europe-kicks-its-work-2023-12-05_en

Kommission; Horizont Europa; Partnerschaft; Gesundheitsforschung; EDCTP3

Am 23.11.2023 hat die Kommission eine Neuerung zur Partnerschaft EDCTP3 bekannt gegeben, die aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa finanziert wird. Das Gemeinsame Unternehmen „European Developing Countries Clinical Trial Partnership“ (EDCTP3) in der Gesundheitsforschung hat laut der Mitteilung nun finanzielle Autonomie erhalten und damit den Status einer eigenständigen Organisation erlangt. Das Budget von bis zu 1,6 Mrd. EUR, welches dieser „institutionalisierten Partnerschaft“ zugewiesen wurde, kann somit nun unabhängig von EDCTP3 verwaltet werden. Bislang lag die Zuständigkeit für die Einrichtung und Durchführung von EDCTP3, einschließlich der Veröffentlichung der Arbeitsprogramme, bei der Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission. EDCTP3 ist eine Partnerschaft zwischen der Kommission und der EDCTP Association als Vertreterin der Regierungen der an der Partnerschaft beteiligten europäischen und afrikanischen Länder. Ziel ist die Entwicklung von Lösungen zur Verringerung der Belastung durch Infektionskrankheiten in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und die Stärkung der Forschungskapazitäten zur Vorbereitung und Reaktion auf neu auftretende Infektionskrankheiten. EDCTP3 erhält in diesem Zusammenhang außerdem einen Exekutivdirektor. Dr. Michael Makanga, bisheriger Exekutivdirektor der EDCTP Association, wird die Organisation in Zukunft leiten. Das nächste EDCTP3-Arbeitsprogramm mit relevanten Förderausschreibungen wird laut Mitteilung der Kommission voraussichtlich Anfang 2024 veröffentlicht.

<https://globalhealth-edctp3.eu/news/global-health-edctp3-joint-undertaking-becomes-financially-autonomous-european-commission-and>

Kommission; Europäischer Innovationsrat; EIC; Strategiepläne

Am 23.11.2023 haben die Programm-Manager des Europäischen Innovationsrates (EIC) Neuerungen bekannt gegeben, die die anwendungs- und transferorientierte dritte Säule von Horizont Europa betreffen. Der EIC ist eine fest etablierte Förderlinie in Programm Horizont Europa. Neu ist die Veröffentlichung fünf strategischer Pläne zu sog. Portfolio-Projekten, die im Rahmen der Fördercalls für die „EIC Pathfinder Challenges 2021“ entstanden sind. Die fünf Projekte beschäftigen sich mit den

Themen lebende Materialien, Zell- und Gentherapie, neuartige Wege zur umweltfreundlichen Produktion von Wasserstoff, Werkzeuge zur Messung sowie Stimulierung der Aktivität von Hirngewebe und Bewusstseinsforschung. Diese Pläne enthalten Informationen über Technologieentwicklung, Kommunikation und Verbreitung in den jeweiligen Bereichen. Zusätzlich finden sich dort auch Marktanalysen, Diskussionen über die Verwaltung von geistigem Eigentum und Schulungsaktivitäten, die für alle Projekte des Portfolios von Nutzen sind. Die spezifischen Ziele und die Aktivitäten, die zwischen den einzelnen Portfolio-Projekten vereinbart wurden, um diese Ziele zu erreichen, sind im Strategieplan für jedes der Portfolios enthalten.

https://eic.ec.europa.eu/eic-funding-opportunities/eic-pathfinder/eic-pathfinder-portfolio-strategic-plans_en

Kommission; Abschluss der Verhandlungen zur Beteiligung Kanadas an der zweiten Säule von Horizont Europa

Am 24.11.2023 haben Vertreter der kanadischen Regierung und der Kommission den Abschluss der Verhandlungen zur Assoziierung Kanadas mit der zweiten Säule des EU-Forschungsrahmenprogramms, Horizont Europa, bekannt gegeben. Geplant ist, dass Forschende und Organisationen aus Kanada unter den gleichen Bedingungen wie Einrichtungen aus den den EU-Mitgliedstaaten Fördermittel aus der Säule II von Horizont Europa beantragen können. Hierzu ist noch die formelle Unterzeichnung des Abkommens durch beide Seiten nötig, die voraussichtlich 2024 erfolgen soll. Die Säule II ist der größte kollaborativ ausgerichtete Teil des Programms (Verbundforschung), der sich in erster Linie auf die gemeinsamen globalen Herausforderungen Klima, Energie, digitale Wirtschaft und Gesundheit konzentriert. Die Assoziierung mit Horizont Europa ist die intensivste Form der Zusammenarbeit, die die EU im Bereich Forschung und Innovation Partnerländern anbietet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_5952

Kommission; Jubiläum der gemeinsamen europäischen Nuklearforschung

Am 23.11.2023 würdige die Kommission in einer Mitteilung das Jubiläum der europäischen Nuklearforschung. Vor 60 Jahren begannen die Bauarbeiten an der Nuklearforschungsstelle der EU in Karlsruhe, welcher den Beginn der Forschung im Rahmen des Euratom-Programms markierte. In den 1960er Jahren wurde auch vor dem Hintergrund von Bedenken bezüglich fossiler Brennstoffe als langfristige Energielösung eine Einigung zwischen sechs Staaten, darunter auch DEU, zur Gründung eines Forschungszentrums für Nuklearenergie getroffen. Die Euratom-Forschungsbereiche reichten von der Erprobung neuer Kernbrennstoffe bis hin zur Untersuchung von Sicherheitsmaßnahmen. Das JRC (Gemeinsame Forschungszentrum der EU) wurde zum Bezugspunkt für die Kernenergieforschung auf globaler Ebene. Heute unterstützt das Zentrum u. a. die EU-Initiative für kleine modulare Reaktoren (SMR), um zur Dekarbonisierung der Schwerindustrie und anderer Sektoren in Europa beizutragen. Die Kernforschung soll eine wissenschaftliche Priorität der EU bleiben. Die Forschungsinfrastrukturen seien ein wertvolles Kapital, um die Grenzen der kerntechnischen Anwendungen zum Nutzen aller Europäer zu erforschen.

https://joint-research-centre.ec.europa.eu/jrc-news-and-updates/60-years-european-nuclear-research-2023-11-23_en

Kommission; Ausschreibungen für Hochschulen; Erasmus+

Am 28.11.2023 hat die Kommission neue Ausschreibungen von Erasmus+ für 2024 angekündigt. Die Liste der Fördercalls umfasst -wie im Vorjahr auch- Initiativen, die sich an Hochschulen richten. 2024 sollen die Europäischen Hochschulnetzwerke mit

neuen Ausschreibungen weiter gefördert werden. Möglich wird sowohl der Aufbau neuer Allianzen sein wie auch die Erweiterung bestehender Allianzen. Die Kommission fördert bereits 50 Hochschulallianzen europaweit und möchte bis Mitte 2024 insgesamt 60 Allianzen unterstützen. Mit der Maßnahme setzt die Kommission eine französische politische Initiative zur stärkeren Bildungskooperation in ganz Europa um. Die europäischen Hochschulen arbeiten in ihren Allianzen grenzüberschreitend an Lösungen zur intensiveren Kooperation, z.B. zum Thema Studierendenmobilität. Die angekündigten Förderausschreibungen werden von der Kommission noch gesondert veröffentlicht werden.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C_202301262

Finanzdienstleistungen

EP; Rat; Einigung auf Standpunkte zur Reform von EMIR

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des EP hat am 28.11.2023 mit großer Mehrheit seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Europäischen Marktinfrastrukturverordnung (EMIR III) angenommen. Der Rat legte seinerseits seinen Standpunkt am 06.12.2023 fest. Ziel der Reformbestrebungen ist es, gemäß dem Vorschlag der Kommission, die Attraktivität und Widerstandsfähigkeit der in der EU erbrachten Clearingdienste zu stärken, die offene strategische Autonomie der EU zu unterstützen und die Finanzstabilität zu wahren. Hierzu sollen bestimmte Marktteilnehmer insbesondere dazu verpflichtet werden, Active Accounts bei in der EU ansässigen CCPs einzurichten.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/12/06/capital-markets-union-council-reaches-agreement-on-improvements-to-eu-clearing-services/>

EP; Einigung auf Standpunkt zur ESG-Ratingverordnung

Der ECON-Ausschuss des EP nahm am 04.12.2023 seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission zur ESG-Ratingverordnung an. Nach Auffassung des EP sollen Ratinganbieter die drei Komponenten E (Environmental), S (Social) und G (Governance) separat ausweisen, um deren Transparenz zu erhöhen. Weiterhin sollen Ratinganbieter ihre Methodologie, Modelle und zentrale Annahmen sowie Einschränkungen der zur Verfügung stehenden Informationen offenlegen. Im Sinne einer Stärkung des Wettbewerbs sollen zudem Unternehmen, die mehr als ein ESG-Rating erhalten möchten, mindestens einen kleineren Ratinganbieter mit einem Marktanteil von weniger als 15% wählen müssen. Insgesamt sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen die Praxis des Greenwashing verhindern und genaue, verlässliche ESG-Informationen gewährleisten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20231204IPR15633/meps-adopt-significant-changes-to-draft-rules-on-esg-ratings>

Rat; EP; Trilog-Einigung bei Beteiligungsketten

Am 06.12.2023 haben Rat und EP im Trilog eine Einigung über den Vorschlag zu Beteiligungsketten („Daisy Chains“) erzielt. Es handelt sich dabei um eine Änderung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR). Die Reform soll gezielte Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit der Behandlung von „internen MREL“ – eine bestimmte Form von Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten – in Bankenabwicklungsgruppen aufnehmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/2023120IPR12405/deal-on-changes-improving-resolution-framework-for-eu-banks>

Finanzen

EuGH; Urteil zu Steuervorbescheiden für die Engie-Gruppe in Luxemburg

Die Kommission hatte am 20.06.2018 befunden, dass Luxemburg der Engie-Gruppe unzulässige staatliche Beihilfen im Rahmen von Steuervorbescheiden („tax rulings“) gewährt habe. Der EuGH urteilte am 05.12.2023 in den verbundenen Rechtssachen C-451/21 P und C-454/21 P, dass die Kommission damit gegen Unionsrecht verstoßen hat. Er hebt damit ein vorheriges Urteil des EuG auf, das sich der Sichtweise der Kommission angeschlossen hatte. In seinem Urteil weist der EuGH darauf hin, dass die Bestimmung des Referenzrahmens, d.h. der im jeweiligen Mitgliedstaat üblichen Steuerbestimmungen, Ausgangspunkt für die Prüfung sein muss, ob eine gegebene nationale Maßnahme bestimmten Unternehmen einen selektiven Vorteil verschafft. Im vorliegenden Fall habe die Kommission jedoch Befreiungsbestimmungen im luxemburgischen Steuerrecht nicht berücksichtigt. Auch seien der Kommission bei der Bestimmung des Referenzrahmens Fehler unterlaufen. Dadurch sei die gesamte Prüfung fehlerhaft geworden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-12/cp230183de.pdf>

EP; Bericht zur Betrugsbekämpfung 2022

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle des EP hat am 06.12.2023 seinen jährlichen Bericht zur Betrugsbekämpfung angenommen. Nach Auffassung der Abgeordneten stellt Nepotismus die größte Gefahr für die finanziellen Interessen der EU dar. Insbesondere würde die Verwendung der Hilfen für Nicht-EU-Staaten sowie für die Antwort der EU auf Russlands Aggressionskrieg gegen die Ukraine nicht ausreichend kontrolliert. Weiterhin zeigten sich die Abgeordneten besorgt über die Möglichkeit, dass die Kommission Mittel aus dem Aufbau- und Resilienzfonds (ARF) trotz gravierender Probleme in puncto Rechtsstaatlichkeit an Ungarn und Polen freigeben könne. Generell sei nicht gewährleistet, dass die finanziellen Interessen der EU bei der Auszahlung des ARF ausreichend geschützt seien.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20231204IPR15632/protection-of-eu-funds-eu-should-do-more-to-detect-prevent-and-recover-frauds>

Nadia Calviño wird neue Präsidentin der Europäischen Investitionsbank

Die Finanzministerinnen und -minister haben auf ihrem Treffen im Rahmen der Eurogruppe am 07.12.2023 beschlossen, die bisherige spanische Finanzministerin Nadia Calviño zur neuen Präsidentin der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu ernennen. Calviño folgt auf Werner Hoyer, der sein Amt zum 01.01.2024 abgibt. Damit setzte sie sich u.a. gegen Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission Margrethe Vestager durch, die sich ebenfalls um das Amt der EIB-Präsidentin beworben hatte.

<https://www.eib.org/de/press/all/2023-503-eu-finance-ministers-agree-to-support-nadia-calvino-as-next-president-of-the-european-investment-bank>

Soziales

Kommission; EU-Preis für barrierefreie Stadt verliehen

Am 01. 12.2023 verlieh die Kommission den EU Access City Award an die spanische Stadt San Cristóbal de la Laguna. Mit dem Preis wird das Engagement für Barrierefreiheit gewürdigt. Hervorgehoben wurde, dass in der Stadt sämtliche öffentliche Verkehrsmittel sowie die kommunalen Veranstaltungseinrichtungen komplett barrierefrei ausgestaltet wurden. Eine gesonderte Erwähnung erhielt die baden-württembergische Stadt Tübingen, für ihre Stadtentwicklung im Einklang mit den Prinzipien des neuen europäischen Bauhauses.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_6163

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum EU-Behindertenausweis angenommen

Im Rahmen des EPSCO-Rates in der Formation „Soziales“ wurde am 27.11.2023 die allgemeine Ausrichtung zum EU-Behindertenausweis und der Parkkarte für Menschen mit Behinderungen angenommen. Mit Hilfe der zweisprachigen Ausweise sollen Menschen mit Behinderung im Rahmen von Kurzaufenthalten in anderen Mitgliedstaaten leichter Zugang zu Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung erhalten. Ein Zugang zu den Systemen der sozialen Sicherheit soll hiermit nicht einhergehen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15782-2023-INIT/en/pdf>

EuGH; Urteil zur Diskriminierung wegen Alters bei Assistenzleistungen

Der EuGH urteilte am 07.12.2023, dass eine Diskriminierung beim Alter für Assistenzkräfte gerechtfertigt sein könne, wenn diese Altersanforderung zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig seien. Geklagt hatte eine 50-jährige Bewerberin gegen das Unternehmen AP Assistenzprofis, Menschen mit Behinderungen Beratung, Unterstützung sowie Assistenzleistungen in verschiedenen Bereichen des Lebens (sog. persönliche Assistenz) anbietet. AP Assistenzprofis veröffentlichte ein Stellenangebot, demzufolge eine 28jährige Studentin „weibliche Assistentinnen“ in allen Lebensbereichen des Alltags suchte, die „am besten zwischen 18 und 30 Jahre alt sein“ sollten. Die 50-jährige Bewerberin sah sich nach erfolgloser Bewerbung aufgrund ihres Alters diskriminiert. AP Assistenzprofis hielt die Ungleichbehandlung wegen des Alters hingegen für gerechtfertigt, da, gemäß SGB, Leistungsberechtigte, die eine persönliche Assistenz in Anspruch nähmen, auch ein Wunsch- und Wahlrecht auch im Hinblick auf das Alter der Assistentinnen und Assistenten hätten. Der EuGH urteilt nun, dass die entsprechende Regelung im SGB nicht grundsätzlich der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie entgegenstehe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=280433&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5091702>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Rat; Ratsschlussfolgerungen zur psychischen Gesundheit angenommen

Wie der Rat am 30.11.2023 mitteilte, nahmen die Gesundheitsministerinnen und -minister im EPSCO-Rat Schlussfolgerungen zur psychischen Gesundheit an. Der Rat spricht sich für einen sektorenübergreifenden Ansatz zur mentalen Gesundheit aus, die aufgrund der Polykrisen (Pandemie, Russlands-Angriffskrieg auf die Ukraine) die Menschen stark herausgefordert hatte. Die psychische Gesundheit solle demnach nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch bei Beschäftigung, Ausbildung und Lehre, Digitalisierung und Klimawandel berücksichtigt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/11/30/mental-health-member-states-to-take-action-across-multiple-levels-sectors-and-ages/>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum EU-Raum für Gesundheitsdaten angenommen

Am 06.12.2023 haben die Mitgliedstaaten im Rat die allgemeine Ausrichtung für den Europäischen Raum für Gesundheitsdaten angenommen (EHDS). Mit dem EHDS soll sowohl die Portabilität von Gesundheitsdaten für Patientinnen und Patienten im grenzüberschreitenden Kontext als auch die Nutzung von Gesundheitsdaten für die Forschung verbessert werden.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/06/european-health-data-space-council-agrees-its-position/?utm_source=dsms-

Kommission; Vorschlag zur Stärkung von Fahrgastrechten

Am 29.11.2023 hat die Kommission einen Vorschlag zur Stärkung von Fahrgastrechten vorgelegt. Dieser geht auf Problembereiche ein, die laut einer Bewertung der aktuellen Gesetzgebung bestehen. Dabei werden die Durchsetzungsmechanismen gestärkt und Regeln für Fluggäste eingeführt, die ihre Flüge über einen Vermittler gebucht haben. Der Vorschlag zu den Fahrgastrechten im Zusammenhang mit multimodalen Reisen enthält auch erstmals neue Vorschriften zum Schutz von Fahrgästen, die verschiedene Verkehrsmittel wie Bus, Bahn und Flugzeug während einer Reise benutzen. Diese Fahrgäste sollen künftig vor und während solcher Reisen bessere Informationsrechte genießen, auch in Bezug auf Mindestumsteigezeiten zwischen verschiedenen Verkehrsdiensten. Außerdem haben sie, wenn sie die multimodale Reise im Rahmen eines einzigen Beförderungsvertrags gebucht haben, bei verpassten Anschlüssen Anspruch auf Unterstützung durch den Beförderer. Besonderes Augenmerk soll auf die Bedürfnisse von Fahrgästen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität gelegt werden, um deren Wechsel zwischen den Verkehrsträgern zu erleichtern und bei Bedarf die Qualität der Unterstützung zu verbessern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6110

Kommission; Vorschlag zur Änderung der Pauschalreiserichtlinie

Am 29.11.2023 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Änderung der Pauschalreiserichtlinie vorgelegt. Mit diesem Vorschlag soll der Schutz von Reisenden verbessert werden, insbesondere in Krisensituationen. Unter die Pauschalreiserichtlinie fallen Reisen, die vorab zusammengestellt wurden, und solche, die auf die Kundenvorgaben abgestimmt wurden und bei denen der Reisende online oder offline verschiedene Arten von Reiseleistungen (Beförderung, Unterkunft, Autovermietung usw.) wählt. Aus einer Bewertung der Pauschalreiserichtlinie ging hervor, dass sie den darin festgelegten Zielen und den Bedürfnissen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmern nur teilweise gerecht wird. Mit der Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie sollen Lücken, Rechtsunsicherheiten und übermäßige Komplexität beseitigt werden. Dies soll den Verbraucherschutz verbessern und faire Wettbewerbsbedingungen erzeugen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6110

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Definition von technisch hergestellten Nanomaterialien in Lebensmitteln

Am 30.11.2023 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Definition von technisch hergestellten Nanomaterialien in Lebensmitteln eröffnet. Die Änderung zielt darauf ab, die regulatorische Kohärenz im EU-Rechtsrahmen zu gewährleisten und Umsetzungsprobleme im Zusammenhang mit der derzeitigen Definition zu beheben. Die neue Definition enthält Angaben zur Größe, äußeren Abmessung und Form des Materials, sowie neue Begriffsdefinitionen und einen Standardschwellenwert von 50% Partikeln im Nanomaßstab, damit ein Material als Nanomaterial angesehen werden kann. Sie umfasst außerdem nur noch hergestellte Materialien im Gegensatz zu natürlichen oder zufälligen Materialien. Eine Definition dessen, was ein "hergestelltes" Material ist, wird ebenfalls in den Geltungsbereich aufgenommen. Durch die bisherige Definition hatten sich Schwierigkeiten bei der Umsetzung für Lebensmittelunternehmer und Behörden ergeben, da sie unterschiedliche Auslegungen zulässt, ob ein Material absichtlich hergestellt wird. Rückmeldungen sind bis zum 28.12.2023 möglich.

U m w e l t

EP; Unterstützung für Initiative gegen den Rückgang von Bestäubern

In seinem Entschluss vom 23.11.2023 begrüßt das EP die überarbeitete EU-Initiative für Bestäuber „Ein neuer Deal für Bestäuber“ und betont, dass die Kommission, die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Akteure dringend konkrete Maßnahmen ergreifen müssen, um den Rückgang der Bestäuber so bald wie möglich und spätestens bis 2030 umzukehren. Die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger müssten schnell und wirksam in Maßnahmen umgesetzt werden, da der Rückgang der Bestäuber eine Gefahr für das Wohlergehen des Menschen, die landwirtschaftliche Produktivität, die Ernährungssicherheit und die Natur im Allgemeinen darstellt. Die Bestäubung von Kulturpflanzen durch wilde und domestizierte Tiere stelle eine wesentliche Ökosystemleistung dar, deren Wert auf 153 Mrd. EUR geschätzt wird. Die Gefahr von Verlusten im Zusammenhang mit dem Gesamtrückgang der Bestäubungsleistung durch die Tiere läge dem gegenüber zwischen 190 und 310 Mrd. EUR. Das EP würdigt den Beitrag der ersten EU-Initiative für Bestäuber und fordert nun die Kommission auf, die Ergebnisse der Initiative in die künftige Biodiversitätsstrategie aufzunehmen. Die überarbeitete Initiative müsse ihre neuen Ziele erreichen, damit der europäische Grüne Deal als ganzheitliche Strategie Erfolg haben kann. Dennoch wird darauf hingewiesen, dass auch spezielle nationale und regionale Strategien zum Schutz von Bestäubern wichtige Instrumente seien, um alle Beteiligten zu mobilisieren und sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutz der Bestäuber erforderlich sind.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0441_DE.html

Kommission; Konsultation zur Ausweitung des Aufgabenbereiches und zur Umbenennung des Ständigen Forstausschusses

Am 28.11.2023 hat die Kommission eine Konsultation über einen Beschlussvorschlag zur Aktualisierung der Rechtsgrundlagen des Ständigen Forstausschusses eröffnet. Im Rahmen der EU-Waldstrategie für 2030 setzt sich die Kommission für eine inklusivere und besser koordinierte Verwaltungsstruktur ein, welche langfristig zur Erreichung der Ziele des Europäischen Grünen Deals in den Bereichen Klima und Biodiversität beitragen soll. Dazu sollen die Kompetenzen des Ständigen Forstausschusses erweitert, dessen Aufgaben und Zusammensetzung präzisiert und somit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission auf dem Gebiet der Forstwirtschaft verbessert werden. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass in Zukunft alle relevanten nationalen Behörden an den Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Im Zuge dieser Änderungen soll der Ausschuss in „Ständige Sachverständigengruppe für Wälder und Forstwirtschaft“ umbenannt werden. Rückmeldungen sind bis zum 23.01.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14041-Standing-Forest-and-Forestry-Expert-Group_de

Kommission; Konsultation zur Verschärfung des Grenzwertes von HBCDD

Am 28.11.2023 hat die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Verschärfung des Grenzwertes für den persistenten organischen Schadstoff (POP) Hexabromcyclododecan (HBCDD) als unbeabsichtigte Spurenverunreinigung eröffnet. Im Rahmen des Stockholmer Übereinkommens zu POP soll deren Herstellung und Verwendung zum Schutz des Menschen und der

Umwelt eingeschränkt werden. HBCDD wird als persistenter, bioakkumulierbarer und toxischer Stoff durch die Verordnung zu chemischen Stoffen (REACH) und als schwer zu berechnendes Risiko für Gesundheit und Umwelt eingeschätzt, der aber bisher eher selten als Spurenverunreinigung vorkommt und in der Herstellung kaum noch erzeugt wird. Die erwartete starke Zunahme an Recycling von expandiertem Polystyrol (EPS) durch neuartige Recyclingverfahren in den nächsten Jahren könnte aber vermehrte Verunreinigungen durch HBCDD verursachen, da dieses bei der Wiederaufbereitung freigesetzt wird. Vor diesem Hintergrund soll der Grenzwert für HBCDD mit Ausnahme der Herstellung von Isoliermaterial von 100 mg/kg auf 75mg/kg gesenkt werden. Rückmeldungen sind bis zum 26.12.2023 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13216-Persistente-organische-Schadstoffe-POP-Hexabromcyclododecan-HBCDD- de>

Kommission; Konsultation zu Maßnahmen für die Eindämmung des Pflanzenschädlings *Aleurocanthus spiniferus*

Am 28.11.2023 hat die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Eindämmung des Pflanzenschädlings *Aleurocanthus spiniferus* eröffnet. Um die Verbreitung dieser Weißfliegenart in Europa zu verhindern, wurde 2022 eine Verordnung verabschiedet, welche die Abgrenzung bestimmter Gebiete in FRA, GRI, ITL und KRO zur Ausrottung des Schädlings vorsah. Aktuelle Erhebungen in diesen Gebieten zeigten aber, dass die Ausrottung nicht gelang und nun auch perspektivisch nicht mehr durchführbar ist. Deshalb soll nun die damalige Verordnung dahingehend geändert werden, dass den betroffenen Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Eindämmung des Schädlings in diesen abgegrenzten Gebieten erlaubt werden. Der Ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel hat diesen Maßnahmen bereits zugestimmt. Rückmeldungen sind bis zum 26.12.2023 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14043-Measures-related-to-the-containment-of-specific-plant-pests-Aleurocanthus-spiniferus de>

Kommission; Konsultation zu Maßnahmen für die Eindämmung des Pflanzenschädlings *Ceratocystis platani*

Am 28.11.2023 hat die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Eindämmung des Pflanzenschädlings *Ceratocystis platani* eröffnet. Die Verbreitung dieses für Platanen schädlichen Pilzes sollte 2022 durch eine Verordnung verhindert werden, welche abgegrenzte Gebiete zur Ausrottung der Art in ITL bestimmte. Aktuelle Erhebungen in diesen Gebieten zeigten aber, dass eine Ausrottung nicht gelang und nun auch perspektivisch nicht mehr durchführbar ist. Deshalb soll die damalige Verordnung dahingehend geändert werden, dass ITL Maßnahmen zur Eindämmung des Schädlings in diesen abgegrenzten Gebieten erlaubt werden. Der Ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel hat diesen Maßnahmen bereits zugestimmt. Rückmeldungen sind bis zum 26.12.2023 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14044-Measures-related-to-the-containment-of-specific-plant-pests-Ceratocystis-platani de>

Rat; EP, Einigung zur Richtlinie über Industrieemissionen

Am 29.11.2023 haben Rat und EP eine vorläufige Einigung zur Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen (IED) erzielt. Die neuen Vorschriften sehen vor, dass strengste erreichbare Emissionswerte festgelegt werden und dass Industrieanlagen durch Emissions- oder Umweltleistungsziele dazu angehalten werden, sich stärker auf Energie-, Wasser- und Materialeffizienz und

Wiederverwendung zu konzentrieren und die Verwendung von sichereren, weniger giftigen oder ungiftigen Chemikalien in industriellen Prozessen zu fördern. Umweltleistungsziele für den Wasserverbrauch sollen verbindlich werden. Für Abfall, Ressourceneffizienz, Energieeffizienz und Rohstoffverbrauch werden solche Ziele innerhalb einer Bandbreite liegen, und für neue Techniken werden die Ziele indikativ sein. Die Mitgesetzgeber einigten sich darauf, die IED auch auf Anlagen der mineralgewinnenden Industrie (Bergwerke) und Großanlagen zur Herstellung von Batterien auszuweiten. Außerdem soll die IED auf Schweinebetriebe mit mehr als 350 Großvieheinheiten (GVE) ausgeweitet werden. Ausgenommen sind Betriebe mit extensiver oder ökologischer Schweinehaltung. Für Geflügel wird sie für Betriebe mit Legehennen mit mehr als 300 GVE und für Betriebe mit Masthähnchen mit mehr als 280 GVE gelten. Für Betriebe, die sowohl Schweine als auch Geflügel züchten, liegt die Grenze bei 380 GVE. Ursprünglich hatte die Kommission einen Schwellenwert von 150 GVE für den gesamten Viehbestand, einschließlich mit Rindern, vorgeschlagen. Die Mitgesetzgeber einigten sich darauf, die Kommission zu beauftragen, bis zum 31.12.2026 zu prüfen, ob EU-Maßnahmen erforderlich sind, um die Emissionen aus der Tierhaltung, einschließlich der Rinderhaltung, anzugehen, und eine Gegenseitigkeitsklausel einzuführen, um sicherzustellen, dass Erzeuger außerhalb der EU bei der Ausfuhr in die EU ähnliche Anforderungen wie die EU-Vorschriften erfüllen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/29/industrial-emissions-council-and-parliament-agree-on-new-rules-to-reduce-harmful-emissions-from-industry-and-improve-public-access-to-information/>

Rat; Verordnung über die Einrichtung eines Portals für Industrieemissionen

Am 29.11.2023 haben Rat und EP eine vorläufige Einigung zur Verordnung über die Einrichtung eines Portals für Industrieemissionen (IEP) erzielt. Nach der Verordnung soll das bestehende Europäische Register zur Erfassung der Freisetzung und Übertragung von Schadstoffen (E-PRTR) erweitert, und somit ein umfassenderes und integriertes Portal für Industrieemissionen geschaffen werden. Das Portal soll den öffentlichen Zugang zu Informationen über Industrieemissionen verbessern und die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltpolitischen Entscheidungen erleichtern. Durch die Erfassung von Daten über den Verbrauch von Wasser, Energie und wichtigen Rohstoffen durch die betreffenden Anlagen können zudem Fortschritte auf dem Weg zu einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft dokumentiert werden. Mit dem neuen Portal wird eine allgemeine Überprüfungsklausel eingeführt, um die unter die Verordnung fallenden Tätigkeiten und Schadstoffe sowie die anwendbaren Schwellenwerte zu bewerten. Außerdem enthält die vorläufige Einigung Bestimmungen zur Angleichung der Verordnung an die Industrieemissionsrichtlinie und an das Kiewer Protokoll über Register zur Erfassung der Freisetzung und Übertragung von Schadstoffen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/29/industrial-emissions-council-and-parliament-agree-on-new-rules-to-reduce-harmful-emissions-from-industry-and-improve-public-access-to-information/>

Kommission; Konsultation zur Wirksamkeit von Maßnahmen zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen

Am 01.12.2023 hat die Kommission eine Konsultation über die Wirksamkeit der EU-Vorschriften zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen eröffnet. Dabei soll evaluiert werden, wie gut diese Vorschriften funktioniert haben und ob sie im Hinblick auf die Umwelt- und Klimaziele der EU, eine nachhaltige und widerstandsfähige Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit noch zweckmäßig sind. Es wird ebenfalls bewertet, wie die

Richtlinie zu den Zielen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) beitragen kann, wonach die Nährstoffverluste bis 2030 um 50% verringert werden sollen. Außerdem soll das Potenzial für Vereinfachungen, Aufwands- und Kostensenkungen ausgelotet werden, wobei der Schwerpunkt auf einer stärkeren Kohärenz mit anderen Rechtsvorschriften und Entwicklungen im Bereich der landwirtschaftlichen Verfahren und Technologien liegen wird. Zuletzt soll unter dem Stichwort „EU-Mehrwert“ untersucht werden, inwieweit ein Ansatz auf EU-Ebene bessere Ergebnisse erbracht hat, als von den Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene hätte erreicht werden können. Rückmeldungen sind bis zum 08.03.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14051-The-protection-of-waters-against-pollution-caused-by-nitrates-from-agricultural-sources-Evaluation_de

Kommission; Konsultation zu Grenzwerten und Ausnahmen für persistente organische Schadstoffe

Am 04.12.2023 hat die Kommission eine Konsultation über die Änderung einer Verordnung zum persistenten organischen Schadstoff Perfluoroktansulfonsäure (PFOS) eröffnet. Die Verordnung soll dahingehend angepasst werden, dass die maximale PFOS-Konzentration, die als unbeabsichtigte Spurenverunreinigung in Stoffen, Gemischen und Erzeugnissen zulässig ist, auf 1 mg/kg verringert und die letzte spezifische, in der EU zulässige Ausnahme, aufgehoben wird. Hintergrund der Änderung ist der Umstand, dass PFOS bereits sehr früh durch Grenzwerte für unbeabsichtigte Spurenverunreinigungen (UTC) in der EU reguliert wurde und es daher sehr unwahrscheinlich ist, dass sie noch in Stoffen und Gemischen in der Höhe des derzeitigen UTC (10 mg/kg) vorkommt. Ein Screening der REACH-Registrierungsdossiers durch die Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) fand ebenfalls keine Hinweise auf solche Verunreinigungen. Rückmeldungen sind bis zum 01.01.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13666-Persistente-organische-Schadstoffe-PFOS-Grenzwerte-und-Ausnahmen_de

Rat; EP; Vorläufige Einigung für nachhaltigere, reparaturfähige und kreislauffähige Produkte

Am 05.12.2023 haben EP und Rat eine Einigung über die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte erzielt. Die neue Verordnung ersetzt die geltende Richtlinie und erweitert den Anwendungsbereich (bisher beschränkt auf energieverbrauchsrelevante Produkte), um die Leistungs- und Informationsanforderungen für fast alle in der EU in Verkehr gebrachten Waren festzulegen. Ziel ist es, Produkte nicht nur energie- und ressourceneffizient zu gestalten, sondern sie auch hinsichtlich ihrer Haltbarkeit, Zuverlässigkeit, Wiederverwendbarkeit, Nachrüstbarkeit und Reparierbarkeit zu verbessern. Darüber hinaus soll es einfacher werden, Produkte zu recyceln und zu warten. Die Kommission wird im Wege delegierter Rechtsakte neue Anforderungen vorschlagen können, wenn neue Arten von Produkten oder Technologien dies erfordern. Mit der Einigung wird ein direktes Verbot der Vernichtung von Textilien und Schuhen eingeführt. Kleine und Kleinstunternehmen sind von diesem Verbot ausgenommen. Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte zu erlassen, um die Vernichtung anderer unverkaufter Produkte zu verbieten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/05/products-fit-for-the-green-transition-council-and-parliament-conclude-a-provisional-agreement-on-the-ecodesign-regulation/>

Rat; EP; Einigung zur Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien

Am 05.12.2023 haben Rat und Parlament eine vorläufige Einigung zur Überarbeitung der Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien (CLP) erzielt. Ziel der Verordnung ist es, den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt zu verbessern und gleichzeitig den Zugang zu aktuellen Informationen über chemische Gefahren zu erleichtern und die Kennzeichnungsvorschriften zu vereinfachen. Zudem soll die Identifizierung von gefährlichen Stoffen und Gemischen auf EU-Ebene beschleunigt und mehr Flexibilität bei der Verwendung der Kennzeichnungen ermöglicht werden. Die Änderungen umfassen außerdem aktualisierte Regeln für die Einstufung komplexer Stoffe, Maßnahmen zum Schutz von Verbrauchern beim Online-Kauf gefährlicher Chemikalien, bessere und schnellere Informationen für Giftnotrufzentralen bei medizinischen Notfällen und Vorschriften für nachfüllbare Chemikalien, um den sicheren Verkauf von Haushaltschemikalien in loser Form zu fördern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/05/safer-chemicals-council-and-parliament-strike-deal-on-the-regulation-for-classification-labelling-and-packaging-of-chemical-substances/>

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Vorschriften für die kostenlose Zuteilung innerhalb des EU-Emissionshandelssystem (EHS)

Am 05.12.2023 hat die Kommission eine Konsultation über die Aktualisierung der Vorschriften für die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten innerhalb des EHS eröffnet. Diese Anpassung wurde notwendig, nachdem das EHS überarbeitet wurde, um es an das neue Klimaziel der EU zur 55%igen Minderung der Emissionen bis 2030 anzupassen. Im Rahmen dieser Überarbeitung muss die Kommission mehrere Rechtsakte zur Umsetzung des EHS aktualisieren. Innerhalb des EU-Emissionshandelssystems können Anlagen in Industriesektoren kostenlose Zuteilungen erhalten, um potenzielle Risiken von Emissionsverlagerungen zu mindern. Rückmeldungen sind bis zum 02.01.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13861-EU-Emissionshandelssystem-EHS-Aktualisierung-der-Vorschriften-fur-die-kostenlose-Zuteilung_de

Kommission; Vorschlag zur Überarbeitung der Bewertung von Chemikalien

Die Kommission hat am 07.12.2023 drei Legislativvorschläge angenommen, die darauf abzielen, die Bewertung chemischer Stoffe in allen EU-Rechtsvorschriften zu straffen, die Wissensbasis über chemische Stoffe zu stärken und die frühzeitige Erkennung neu auftretender chemischer Risiken zu gewährleisten. Das sogenannte „One substance, one assessment“-Paket teilt Aufgaben zwischen vier EU-Agenturen neu auf, um kohärente und transparente Sicherheitsbewertungen von Chemikalien zu gewährleisten, die in Produkten wie Medizinprodukten, Spielzeug, Lebensmitteln, Pestiziden und Bioziden verwendet werden. Die Zeitspanne zwischen der Feststellung eines möglichen Risikos und den erforderlichen Regulierungsmaßnahmen soll somit verkürzt werden. Die Europäische Chemikalienagentur, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, die Europäische Umweltagentur und die Europäische Arzneimittelagentur sollen dafür in ihrer Zusammenarbeit gestärkt werden und können sich durch die Einrichtung einer gemeinsamen Datenplattform und einer zentralen Anlaufstelle für den Zugang zu Daten über chemische Stoffe leichter austauschen. Die Gemeinsame Datenplattform wird bestehende Plattformen wie die Informationsplattform für die Überwachung von Chemikalien (IPCHEM), das Public Activities Coordination Tool (PACT) und den EU-Rechtsfinder für Chemikalien (EUCLEF) zusammenfassen. Sie wird deren Anwendungsbereich auf fast alle EU-

Chemikalienvorschriften ausdehnen und sie durch neue Instrumente und Datenbanken ergänzen. Darüber hinaus beinhalten die Vorschläge die Schaffung eines Überwachungs- und Prognoserahmens, zur Erkennung chemischer Risiken und die Gewährleistung der Transparenz wissenschaftlicher Studien über Chemikalien, einschließlich derer, die von Unternehmen in Auftrag gegeben wurden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_6413

Landwirtschaft

Rat; Verordnung zu autonomen Zollkontingenten für Fischereierzeugnisse

Am 27.11.2023 hat der Rat eine Verordnung zur Eröffnung autonomer Zollkontingente der EU für Fischereierzeugnisse für die Jahre 2024-2026 verabschiedet. Rohstoffe für die Produktion von Fischereierzeugnissen sollen damit wie bisher zu verringerten Zollsätzen oder zollfrei aus Drittstaaten eingeführt werden dürfen. Diese Einfuhren sind auf eine bestimmte Menge begrenzt und sollen die Nachfrage der europäischen Industrie ausreichend decken. Lieferanten für Rohstoffe innerhalb der EU sollen durch die Verordnung keine Wettbewerbsnachteile erhalten; deren Kapazitäten reichen aber nicht aus, um den gesamten Bedarf der Fischverarbeitungsindustrie in der EU zu decken. Aus diesem Grund erneuert und aktualisiert der Rat alle drei Jahre die Verordnung. Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine gelten für Russland sowie für Belarus keine Zollbefreiungen seitens der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/27/import-of-fishery-products-council-adopts-autonomous-eu-tariff-quotas-for-2024-to-2026/>

Kommission; Vorschlag zur Reform der EU-Vorschriften zum Schutz von Tieren beim Transport

Am 07.12.2023 hat die Kommission eine Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Schutz von Tieren beim Transport vorgeschlagen. Die Kommission betont, dass die seit 20 Jahren geltenden EU-Vorschriften für Tiertransporte nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten, dem Stand der Wissenschaft, den Nachhaltigkeitszielen und den legitimen Tierschutzanliegen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Vorgesehen sei deshalb u. a. eine Verkürzung der zulässigen Beförderungszeiten, größere und besser angepasste Raumangebote für die Tiere, strengere Auflagen für Transporte bei extremen Temperaturen, strengere Vorschriften bei der Ausfuhr lebender Tiere aus der EU und die Nutzung digitaler Instrumente zur Durchsetzung der Vorschriften. Die Änderungen stützen sich auf fünf Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), welche jeweils Empfehlungen zur Verbesserung des Schutzes verschiedener Tiere beim Transport enthielten. Unternehmen sollen laut dem Vorschlag fünf Jahre Zeit für die Anpassung an neue Verordnungen erhalten. Der Reformvorschlag wird nun an das EP und den Rat weitergegeben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6251

Kommission; Vorschlag für neue EU-Vorschriften zur Zucht und Haltung von Hunden und Katzen

Am 07.12.2023 hat die Kommission neue Vorschriften über das Wohlergehen und die Rückverfolgbarkeit von Hunden und Katzen, die von gewerblichen Anbietern als Heimtiere gezüchtet, gehalten und vertrieben werden, vorgeschlagen. Die Vorschriften beinhalten erstmals einheitliche EU-Standards für die Zucht und die Haltung in Zuchtbetrieben, Tierhandlungen und Tierheimen. Dazu zählen je nach Art der Einrichtung ein Mindestplatzangebot, das Verbot von Zwingern, Zugang zu Tageslicht und Freilauf, Temperaturgrenzen für die Behausungen und Grundvorgaben für die Fütterung. Zuchtbetriebe müssen nach einer behördlichen Inspektion vor Ort

zugelassen werden, die Züchtung wird reglementiert und die Inzucht verboten, genauso wie schmerzhaftes Verstümmeln wie das Kupieren von Ohren und Rute, es sei denn, sie erfolgen aus veterinärmedizinischen Gründen und unter Narkose. Für eine Lieferung innerhalb der EU müssen alle Hunde und Katzen einen Mikrochip tragen und in einer nationalen Datenbank erfasst sein. Diese Rückverfolgbarkeit soll es Behörden ermöglichen, die Zucht, den Handel und die Verbringung der Tiere besser zu überwachen und zu kontrollieren. Automatisierte Prüfungen von Online-Verkäufen sollen es den Behörden zudem ermöglichen, die Züchtung von Hunden und Katzen, den Handel mit ihnen und die Käufer zu kontrollieren, um eine ordnungsgemäße Identifizierung und Registrierung der Tiere sicherzustellen. Der Vorschlag enthält keine neuen Auflagen für die Bürgerinnen und Bürger bzw. Heimtierbesitzer.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6251

Kommission; Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative „Fur Free Europe“

Die Kommission hat am 07.12.2023 auf die erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Fur Free Europe“ reagiert und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) beauftragt, ein wissenschaftliches Gutachten zum Wohlergehen von Tieren in Pelzzuchtbetrieben zu erstellen. Auf Grundlage dieses wissenschaftlichen Inputs und einer Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen wird sich die Kommission anschließend dazu äußern, welche Maßnahmen sie für angebracht hält. Sie wird für jede Tierart einzeln bewerten, ob sie ein Verbot der Pelztierzucht und/oder des Vertriebs von Pelz in der EU vorschlagen wird. Zuvor will die Kommission aber bereits eine Reihe von Maßnahmen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Pelzzucht auf das Tierwohl, die öffentliche Gesundheit und die Umwelt ergreifen. Dazu zählen unter anderem Besuche in Pelztierfarmen zur Prüfung bestehender Gesundheitskontrollen oder eine Folgenabschätzung im Hinblick auf eine mögliche Überarbeitung der Textilkennzeichnungsverordnung. Die EBI „Fur Free Europe“ fordert die Kommission auf, die Haltung und Tötung von Tieren ausschließlich oder hauptsächlich zur Pelzgewinnung und das Inverkehrbringen von Zuchtpelz und von Produkten, die solchen Pelz enthalten, zu verbieten. Im Juni 2023 legte sie mit über 1,5 Mio. Unterstützungsbekundungen der Kommission die Initiative zur Prüfung und Antwort vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6251

Justiz

EP; Digitalisierung für eine bessere justizielle Zusammenarbeit in der EU

Das EP hat am 23.11.2023 mit 551 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen neue Regeln zur Modernisierung des Zugangs zur Justiz in der EU gebilligt. Diese sollen die Digitalisierung von Gerichtsverfahren vorantreiben. Die Regelungen erlauben den Einsatz digitaler Tools wie Videokonferenzen, elektronischer Dokumentenaustausch und digitale Gebührenzahlung, um die Kosten und Verzögerungen in grenzüberschreitenden Rechtsstreitigkeiten zu reduzieren. Der Beschluss umfasst auch Schulungen für Justizfachleute und die Überwachung der Umsetzung der Gesetze alle fünf Jahre durch die Kommission.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20231117IPR12206/digitalisation-for-a-more-efficient-judicial-cooperation-in-the-eu>

EP; Rat: Politische Einigung zur Anti-SLAPP-Richtlinie

Die Verhandlungsführer von Rat und EP haben sich am 30.11.2023 im Rahmen der interinstitutionellen Verhandlungen auf eine Richtlinie, die insbesondere Journalisten und Menschenrechtsaktivisten vor sog. strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (strategic lawsuit against public participation – SLAPP) schützen soll, verständigt. Mit der Richtlinie sollen entsprechende Verfahrensgarantien und Schutzmechanismen gewährleistet werden. Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten müssen die Einigung noch billigen, ehe Rat und EP den Richtlinienvorschlag formell annehmen können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/30/council-and-eu-parliament-reach-provisional-agreement-on-eu-law-protecting-journalists-and-human-rights-defenders/>

Rat; Standpunkt zur Übertragung von Strafverfahren zwischen Mitgliedstaaten

Der Rat hat sich am 04.12.2023 auf eine Position zu einem EU-Rechtsakt über die Übertragung von Strafverfahren geeinigt, um effizientere Strafverfolgung zu ermöglichen und parallele Verfahren zu vermeiden. Die Verordnung zielt darauf ab, die Zuständigkeit für die Strafverfolgung bei grenzüberschreitenden Fällen zu klären, da bisher keine EU-weiten Regelungen existieren. Die Verordnung legt Kriterien für die Übertragung von Fällen fest und stärkt die Rechte von Verdächtigten, Beschuldigten und Opfern. Der Rat wird mit dem EP Verhandlungen aufnehmen, um einen gemeinsamen Rechtstext zu erreichen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/04/criminal-investigations-council-reaches-position-on-the-transfer-of-proceedings-between-member-states/>

I n n e r e s

Eurojust; Europol; Schlag gegen Ransomware-Netzwerk in der Ukraine

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 28.11.2023 bekanntgegeben, dass im Rahmen einer koordinierten Aktion ein Schlag gegen ein weltweites Ransomware-Netzwerk gelungen ist. Das kriminelle Netzwerk habe über 1.800 Opfer in 71 Ländern und Verluste bei Unternehmen in Höhe von mehreren Hunderten Mio. EUR verursacht. Europol und die EU-Agentur für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) hätten die nationalen Agenturen bei der Verhaftung des Netzwerkleiters und von vier Verdächtigen in der Ukraine unterstützt. An über 30 Standorten seien Durchsuchungen durchgeführt und digitale Geräte beschlagnahmt worden. Die Ermittlungen seien 2019 aufgenommen und finanziell von Eurojust, Europol und der European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats (EMPACT) unterstützt worden.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/international-collaboration-leads-to-dismantlement-of-ransomware-group-in-ukraine-amidst-ongoing-war>

Rat; Frauen im Sport: Rat billigt Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts

Die EU-Sportsminister haben bei ihrem Ratstreffen am 24.11.2023 Schlussfolgerungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung im Sport angenommen. Die Schlussfolgerungen sollen die Bemühungen um Chancengleichheit und Sichtbarkeit von Frauen im Sport verstärken, angesichts von Hindernissen, Diskriminierung und Stereotypen, mit denen Frauen und Mädchen konfrontiert sind. Der Rat betont, dass Frauen sich trotz Fortschritten aufgrund soziokultureller Hürden

immer noch weniger am Sport beteiligen. Die Kommission wird außerdem aufgefordert, den Sportsektor in ihre Gleichstellungsstrategien einzubeziehen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15479-2023-INIT/de/pdf>

Kommission; EU-Kanada-Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz und Katastrophenrisikomanagement soll intensiviert werden

Die Kommission und Kanada haben am 24.11.2023 beschlossen, ihre Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zu verstärken. Sie unterzeichneten eine Vereinbarung für bessere Koordination und Prävention bei Naturkatastrophen. Zusätzlich plant die EU, 12 neue Löschflugzeuge aus Kanada zu erwerben, um die EU-Katastrophenschutzreserve zu erweitern. Die Vereinbarung zwischen der EU und Kanada soll den Austausch von bewährten Verfahren und die Kapazitäten im Katastrophenmanagement verbessern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5959

Kommission; Globale Allianz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität

Die Kommission hat am 28.11.2023 eine Globale Allianz gegen Schleuserkriminalität gestartet. Gleichzeitig stellte sie ein entsprechendes Gesetzgebungspaket vor, das auf eine Aktualisierung des Rechtsrahmens, die Stärkung des Europäischen Polizeiamtes (Europol) und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Partnerländern abzielt. Konkret soll der Rechtsrahmen durch eine Richtlinie zur Festlegung von Mindestvorschriften zur Prävention und Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der Union ergänzt werden. Die Rolle Europol will die Kommission mit einer Verordnung zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention, Aufdeckung und Ermittlung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel und zur Verstärkung der Europol-Unterstützung bei der Prävention und Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel aufwerten,

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6081

Rat; Einigung auf Standpunkt zum sichereren Handel mit Feuerwaffen

Der Rat hat sich am 29.11.2023 auf ein Verhandlungsmandat für aktualisierte EU-Regeln zu Schusswaffenhandel mit dem EP geeinigt. Die Änderungen sollen gemeinsame Regeln für die Aufzeichnung von Waffeninformationen, die Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie strengere Vorschriften für gefährlichere Waffen einführen. Zudem sollen sie die Verwaltungslast für Hersteller, Händler und Nutzer verringern. Insgesamt soll der illegale Waffenhandel eingeschränkt und gleichzeitig den Handel mit legalen Schusswaffen für zivile Zwecke erleichtert werden. Die Verhandlungen mit dem EP werden nun beginnen, um eine endgültige Vereinbarung zu treffen

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/29/council-agrees-position-on-safer-firearms-trading/>

Kommission; SLO erhält 100 Mio. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds nach Flutkatastrophe im Sommer 2023

Die Kommission hat am 29.11.2023 eine Vorauszahlung von 100 Mio. EUR aus dem Solidaritätsfonds der EU an SLO für den Wiederaufbau nach den schweren Flutschäden im August 2023 genehmigt. Die Überflutungen waren die schlimmsten in der jüngsten Geschichte des Landes und haben beinahe zwei Drittel des Landes betroffen, wodurch wichtige Infrastruktur beschädigt und zahlreiche Gebäude zerstört wurden. Außerdem hat die EU bereits unmittelbar nach den Überschwemmungen durch das EU-Katastrophenschutzverfahren solidarische Hilfe geleistet und 8,6 Mio. EUR aus der Agrarreserve bereitgestellt, um betroffenen Landwirten zu helfen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6104

Rat, EP; Vorläufige Einigung auf Cyberresilienzgesetz:

Rat und EP haben sich am 30.11.2023 vorläufig auf das Cyberresilienzgesetz geeinigt, das sicherstellen soll, dass vernetzte Produkte wie Heimgeräte vor ihrem Verkauf sicher sind. Die Verordnung soll den bestehenden Rahmen für Cybersicherheit ergänzen, um den steigenden Cyberbedrohungen in der EU zu begegnen. Sie legt EU-weite Cybersicherheitsanforderungen für Hardware- und Softwareprodukte fest und soll unnötige Regelüberschneidungen in den Mitgliedstaaten vermeiden. Die Einigung basiert größtenteils auf dem Kommissionsvorschlag, beinhaltet jedoch Anpassungen zu Produktklassifizierung, erwarteter Produktlebensdauer und Meldepflicht bei Sicherheitsvorfällen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/30/cyber-resilience-act-council-and-parliament-strike-a-deal-on-security-requirements-for-digital-products/>

Kommission; Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch im Netz: Kommission für Verlängerung der Übergangsverordnung

Die Kommission hat am 01.12.2023 vorgeschlagen, die bestehende Ausnahmeregelung von der e-Privacy-Richtlinie zur Meldung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet zu verlängern, da die derzeitige Regelung am 03.08.2024 auslaufen wird.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bekampfung-von-sexuellem-kindesmissbrauch-im-netz-kommission-fur-verlangerung-der-2023-12-01_de

Rat; Innenministerrat: Auswirkungen globaler Konflikte für die innere Sicherheit stehen im Fokus

Am 04.12.2023 kamen in Brüssel die EU-Innenminister zu ihrem letzten regulären Ratstreffen unter ESP-Ratspräsidentschaft zusammen. Im Rahmen des Treffens tauschten sich die Ministerinnen und Minister im Format des sog. Schengen-Rates über die allg. Lage im Schengen-Raum sowie Möglichkeiten zur effizienteren Gestaltung der Rückkehrsysteme aus. In Bezug auf die interinstitutionellen Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspaket erstattete der ESP-Vorsitz einen Fortschrittsbericht, der von den Mitgliedstaaten (MS) ohne Wortmeldungen z.K. genommen wurde. Inhaltlich hob die ESP-Ratspräsidentschaft u.a. hervor, dass das EP sich inzwischen dafür offen zeige, die Einführung von verpflichtenden Grenzverfahren sowie die Reform des Dublin-Rücküberstellungsverfahrens (Notifizierungsverfahren) zu akzeptieren. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der Lage im Nahen Osten berieten die Ministerinnen und Minister über die Auswirkungen auf die innere Sicherheit der EU. Im Kontext der Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen stand auch der Bericht des Vorsitzes der Gruppe für Terrorismusbekämpfung. Im Hinblick auf den Verordnungsvorschlag zur Verhütung und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (sog. CSA-Verordnung) informierte ESP die MS über das weitere Vorgehen. In diesem Zusammenhang erörterte die Ministerrunde auch den Vorschlag der Kommission vom 01.12.2023, die derzeit geltende Interims-Verordnung zu verlängern. Schließlich stellte BEL noch sein Arbeitsprogramm für seine am 01.01.2024 beginnende Ratspräsidentschaft vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2023/12/04-05/>

Kommission; Bürger-Paket vorgestellt

Anlässlich des 30. Jahrestages der Einführung der Unionsbürgerschaft hat die Kommission ihr sog. Bürger-Paket vorgestellt. Mit dem Maßnahmenpaket sollen die aus der Unionsbürgerschaft resultierenden Rechte gestärkt werden. Es enthält den Bericht über die Unionsbürgerschaft 2023, den Vorschlag für eine Änderung der

Richtlinie über den konsularischen Schutz sowie Leitlinien zum Recht auf Freizügigkeit, einen Leitfaden für bewährte Wahlverfahren für Menschen mit Behinderungen, ein Kompendium der elektronischen Abstimmungsverfahren sowie einen Leitfaden zur Unionsbürgerschaft. Darüber hinaus hat die Kommission auch ihren ersten Bericht über die Umsetzung der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative angenommen und die jüngste Eurobarometer-Umfrage über Unionsbürgerschaft und Demokratie vorgestellt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6330

EuGH; Urteil: Geldbuße nur bei schuldhaftem Verstoß gegen DSGVO möglich

Der EuGH hat am 05.12.2023 seine Urteile in den Rechtssachen C-683/21 | Nacionalinis visuomenės sveikatos centras und C-807/21 | Deutsche Wohnen verkündet. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass für eine Haftung nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein schuldhaftes Verhalten – vorsätzlich oder fahrlässig – erforderlich ist. Erforderlich sei, dass der Verantwortliche die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens erkannt habe. Juristische Personen hafteten dabei nicht nur für Verstöße ihrer Vertreter, Leitungspersonen oder Geschäftsführer, sondern auch für Verstöße, die von jeder sonstigen Person begangen werden, die im Rahmen ihrer unternehmerischen Tätigkeit in ihrem Namen handelt. Darüber hinaus seien auch Verstöße eines Auftragsverarbeiters zurechenbar. Eine gemeinsame Verantwortlichkeit von zwei oder mehr Einrichtungen sei anzunehmen, wenn die Einrichtungen an der Entscheidung über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung mitgewirkt haben. Die Einstufung als "gemeinsam Verantwortliche" setze keine förmliche Vereinbarung zwischen den betreffenden Einrichtungen voraus. Gehöre der Adressat der Geldbuße zu einem Konzern, sei bei der Berechnung der Geldbuße auf den Umsatz des Konzerns abzustellen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-683/21>

EuGH; Urteil: Quarantäne und Reiseverbote während Pandemie zulässig

Der EuGH hat am 05.12.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-128/22 | NORDIC INFO verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass ein Mitgliedstaat (MS) in einer Pandemiesituation ein Verbot für nicht notwendige Reisen in andere MS, die aufgrund der dort herrschenden Gesundheitslage als Hochrisikogebiete eingestuft worden sind, vorsehen kann. Er könne außerdem Personen, die in sein Hoheitsgebiet einreisen, die Verpflichtung auferlegen, Screeningtests durchzuführen und eine Quarantäne einzuhalten. Die entsprechenden Vorschriften müssten jedoch begründet, klar, präzise, diskriminierungsfrei und verhältnismäßig sein. Sie müssen außerdem mit einem Rechtsbehelf angefochten werden können.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-128/22>

EuGH; Urteil: SCHUFA-Datenverarbeitungspraktiken verstoßen gegen DSGVO

Der EuGH hat am 07.12.2023 seine Urteile in der Rechtssache C-634/21|SCHUFA Holding (Scoring) und in den verbundenen Rechtssachen C-26/22 und C-64/22| SCHUFA Holding (Restschuldbefreiung) verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den gegenständlichen Datenverarbeitungspraktiken (i. R. des Scoring-Verfahrens und der Restschuldbefreiung) entgegensteht. Während allerdings das Scoring unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sein soll, sei die längere Speicherung von Informationen über die Erteilung einer Restschuldbefreiung unvereinbar mit der DSGVO, so der EuGH.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-634/21>

Kommission; Konsultation: Richtlinie zur Festlegung von Mindestvorschriften zur Verhinderung und Bekämpfung illegaler Migration

Die Kommission hat eine Konsultation für den Vorschlag einer Richtlinie zur Festlegung von Mindestvorschriften zur Verhinderung und Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Einreise, Durchreise und Aufenthalt in der Union gestartet. Rückmeldungen können bis zum 01.02.2024 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14059-Facilitation-Directive_de

Kommission; Konsultation: Verordnung zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels

Die Kommission hat eine Konsultation zum Vorschlag einer Verordnung zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels gestartet. Rückmeldungen können bis zum 01.02.2024 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14058-Regulation-on-combatting-migrant-smuggling-and-trafficking-in-human-beings_de

Kommission; Konsultation: Änderung der befristeten Ausnahmeregelung von einigen Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet

Die Kommission hat eine Konsultation zur geplanten Änderung der befristeten Ausnahmeregelung von einigen Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet gestartet. Rückmeldungen können bis zum 01.02.2024 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14053-Amending-of-temporary-derogation-from-certain-provisions-of-Directive-2002-58-EC-for-combating-online-child-sexual-abuse_de

Bildung und Kultur

Kommission; Über 26.000 Projekte mit Erasmus gefördert

Wie die Kommission am 30.11.2023 im Rahmen des 6. EU-Bildungsgipfels mitteilte, wurden 2022 mit Erasmus+, dem EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport über 26.000 Projekte im Jahr 2022 gefördert. Insgesamt hätten 73.000 Organisationen und mehr als 1,2 Mio. Studierende, Lernende, Lehrkräfte, Auszubildende sowie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter von dem Programm profitiert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6165

Veranstaltungen

Karrieremesse in der Landesvertretung am 15.11.2023

Die Landesvertretung hat am 15.11.2023 zu ihrer traditionellen Karrieremesse in Brüssel eingeladen. Die Veranstaltung bot über 150 Praktikantinnen und Praktikanten sowie Trainees aus den EU-Institutionen, Ländervertretungen, Organisationen und Verbänden die Möglichkeit, sich über Berufsbilder und Karrieremöglichkeiten bei der EU sowie dem europäischen und nationalen Umfeld zu informieren. Es war die zehnte „Karrieremesse“ dieser Art, mit der sich die Landesvertretung auch aktiv für Bewerbungen für den Öffentlichen Dienst in Hessen einsetzt. Zu den Ausstellenden zählten neben dem Amt für Personalauswahl der Kommission die Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU, das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen

(BFIO), die Hessische Staatskanzlei, das Hessische Ministerium der Justiz sowie das Hessische Ministerium des Innern und für Sport. Ebenfalls vertreten waren die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (HWK), Verbände wie die HessenChemie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie Netzwerke, u.a. die Europa-Union Deutschland, Young Professionals in Foreign Policy und die Initiative Arbeiterkind. Beim anschließenden Empfang gab es Gelegenheit zum „Netzwerken“. Viele Stellen werden nicht mehr auf die herkömmliche Art und Weise ausgeschrieben. Umso wichtiger ist es, frühzeitig über Netzwerk-Veranstaltungen und soziale Netzwerke Kontakte zu knüpfen und/oder zu verstärken.

10. Symposium zur Europäischen zivilen Sicherheitsforschung in der Hessischen Landesvertretung bei der EU

Am 05. und 06.12.2023 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam mit der Hessischen Landesvertretung in Brüssel ein hochkarätiges Symposium zum europäischen Sicherheitsforschungsprogramm ausgerichtet. Es wurde auf die Relevanz des „Cluster 3“ in der zweiten Säule von Horizont Europa hingewiesen. Dieses Forschungscluster umfasst v.a. die Themen katastrophenresistente Gesellschaften, den Schutz der Bürger vor Kriminalität sowie den Komplex Cybersicherheit. Volker Bäcker, Generaldirektion Verteidigung der Kommission, erklärte, dass der klassische Dualismus zwischen Krieg und Frieden nicht mehr existiere und man stattdessen in einer Zeit permanenter, hybrider Bedrohungen lebe. Daher brauche man Resilienz in der Gesellschaft selbst. Sönke Marahens, Center of Excellence for Countering Hybrid Threats, forderte, angesichts großer Bedrohungen stärker auch Synergien zwischen ziviler Sicherheitsforschung und Verteidigungsforschung zu fördern. Eckhart Curtius, Bundesministeriums für Bildung und Forschung, schloss sich dem Wunsch nach Synergien zwar an, betonte aber, dass man spezifische Dual-Use-Forschung weiterhin nicht zulassen solle und militärische Forschung kein Bestandteil von Horizont Europa werden sollte. In diesen Bereichen sei eine Trennung weiterhin notwendig. Olivier Onidi, Generaldirektion Inneres der Kommission, mahnte an, dass bei allen Innovationen und Projekten im Bereich der zivilen Sicherheitsforschung die öffentliche Akzeptanz immer gegeben sein müsse. MdEP Viola von Cramon-Taubadel (Grüne/DEU) führte ihrerseits aus, die zivile Sicherheitsforschung profitiere am meisten durch die Schaffung eines genuinen Bewusstseins für die Gefahr in der Bevölkerung. In seiner Keynote betonte der Militärexperte, Prof. Carlo Masala, die Notwendigkeit der aktuellen Investitionen in das Militär und die militärische Forschung, betonte aber auch die mindestens ebenso große Bedeutung der zivilen Sicherheitsforschung. Durch hybride Bedrohungen sei die innere und äußere Sicherheit nicht mehr klar zu trennen. Es bedürfe daher mehr Schutz und Sensibilisierung der Gesellschaft als je zuvor. Ferner wurden Erkenntnisse und Projekte aus der Sicherheitsforschung mit hessischer Beteiligung vorgestellt, so u.a. zu den hochaktuellen Themen Abwehr bioterroristischer Anschläge und Rechtsextremismus.

Veranstaltung in der Hessischen Landesvertretung zur aktuellen Forschungspolitik und zum Rahmenprogramm Horizont Europa

Am 06.12.2023 fand auf Einladung der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KOWI) mit Unterstützung der Hessischen Landesvertretung in Brüssel eine forschungspolitische Veranstaltung mit anschließendem Weihnachtsempfang für die Brüsseler Forschungscommunity statt. Als Gastrednerin des Abends nahm die Vizepräsidentin des EP, Nicola Beer, (DEU/RN) teil. In seinem Beitrag zur aktuellen Forschungspolitik der EU ging Dr. Torsten Fischer, Leiter der KOWI, auf die große Relevanz einer auskömmlichen Budgetausstattung von Horizont Europa in den zukünftigen Haushaltsplänen der EU ein, aber auch auf mögliche Synergien, die sich

zwischen ziviler und militärischer Forschung angesichts zunehmender Krisen künftig bieten könnten. MdEP Nicola Beer hielt im anschließenden Gespräch mit Dr. Fischer fest, dass die Wissenschaftskooperation europaweit angesichts aktueller Krisenzeiten und der geopolitischen Lage wichtiger als je zuvor sei. Die COVID-Pandemie, die Klimakrise und der russische Angriffskrieg sowie die Lage im Nahen Osten hätten den Bedarf engagierten kollektiven Handelns deutlich aufgezeigt. Dies unterstreiche die Relevanz des EU-Forschungsrahmenprogramms und dessen angemessene Finanzierung einmal mehr. Kooperation dürfe aber nicht zu Abhängigkeiten führen, etwa von China. Die vollzogene Assoziierung der Ukraine zu Horizont Europa sei ein großes Plus. Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstütze daher Maßnahmen der Kooperation mit der Ukraine. Die Exzellenzorientierung in der EU-Forschungspolitik sei weiterhin sehr wichtig. Horizont Europa solle auch weiterhin Mobilität der Wissenschaftler im Forschungsraum erleichtern. Nicola Beer rief abschließend die Forschungscommunity dazu auf, ihre Stimme in Brüssel hörbarer zu erheben und für die ambitionierten Wünsche einzutreten.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

13.12.2023	Gipfeltreffen EU-Westbalkan
14./15.12.2023	Europäischer Rat

Rat

11.12.2023	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
12.11.2023	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“
11./12.12.2023	Rat Landwirtschaft und Fischerei
18.12.2023	Rat Umwelt
19.12.2023	Rat Transport, Telekommunikation und Energie

Europäische Kommission

12.12.2023	Paket „Verteidigung der Demokratie“ Förderung von grenzüberschreitenden Lösungen Voraussichtlich Bericht zum Jahr der Jugend Voraussichtlich Vorschlag Verwendung Gelder russischen Zentralbank
------------	--

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 11.-14.12.2023

- Europäischer Raum für Gesundheitsdaten
- Mindestanforderungen an Mindestfahrtunterbrechungen sowie die täglichen und wöchentlichen Mindestruhezeiten im Sektor des Personengelegenheitsverkehrs
- Rahmen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen
- Lebensmittel für die menschliche Ernährung: Änderung bestimmter „Frühstücksrichtlinien“
- An die Europäische Arzneimittel-Agentur zu entrichtende Gebühren und Entgelte
- Anerkennung der Berufsqualifikationen: in Rumänien ausgebildete Krankenschwestern und Krankenpfleger für die allgemeine Pflege
- Suchterzeugende Gestaltung von Online-Diensten und Verbraucherschutz im EU-Binnenmarkt
- Die Rolle der Steuerpolitik in Krisenzeiten
- Eine weitere Reform der Vorschriften zur Unternehmensbesteuerung
- Umgestaltung des künftigen Rahmens der EU-Strukturfonds zur Unterstützung der besonders von den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Übergang in der Automobilindustrie sowie dem ökologischen und dem digitalen Wandel betroffenen Regionen
- Umweltauswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und notwendige Rechenschaftspflicht - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Beziehungen zwischen der EU und den USA
- Beziehungen zwischen der EU und China
- Beziehungen zwischen der EU und Japan
- Handels- und Investitionsbeziehungen EU-Taiwan
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 14. und 15. Dezember 2023 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Überprüfung des spanischen Vorsizes des Rates - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität
- Europawahl 2024
- Umsetzung der Geoblocking-Verordnung aus dem Jahr 2018 im digitalen Binnenmarkt
- Beziehungen zwischen der EU und Japan

- Die Situation von Kindern weltweit, die ihrer Freiheit beraubt wurden
- Psychische Gesundheit
- Nichtübertragbare Krankheiten
- Zuständigkeit, anzuwendendes Recht, Anerkennung von Entscheidungen und Annahme öffentlicher Urkunden in Elternschaftssachen sowie Einführung eines europäischen Elternschaftszertifikats
- Mechanismen mit einem Einspruchsverzicht in internationalen Übereinkünften, deren Vertragspartei die Europäische Union ist
- Kleine modulare Reaktoren
- Verbesserung von Innovation und der industriellen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit
- Anwendung der Vertragsbestimmungen zu besonderen Gesetzgebungsverfahren
- Kulturelle Vielfalt und die Bedingungen für Urheber auf dem europäischen Markt für Musikstreaming
- 30 Jahre Kopenhagener Kriterien – zusätzlicher Impuls für die EU-Erweiterungspolitik
- Nachwuchsforscher
- Verbesserung des strategischen Ansatzes für die Durchsetzung des EU-Rechts
- Ergebnisse der UN-Klimakonferenz 2023 in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate (COP28)
- Einspruch gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 GO und (4)(c): Rückstandshöchstgehalte für Fipronil
- Einspruch gemäß Regel 112 Absätze 2 und 3 und (4)(c): Rückstandshöchstgehalte für Tricyclazol
- Einspruch gemäß Regel 112 (2) und (3): Genetisch veränderter Mais Bt11 x MIR162 x MIR604 x MON 89034 x 5307 x GA21 und dreißig Unterkombinationen
- Einspruch gemäß Regel 112 (2) und (3): Gentechnisch veränderter Ölraps Ms8, Rf3 und Ms8 xRf3
- Der unbekannt Status von Mikalai Statkevich und die jüngsten Angriffe auf Familienangehörige von belarussischen Politikern und Aktivisten
- Die Maasai-Gemeinschaften in Tansania
- Die Entführung von tibetischen Kindern und Assimilationspraktiken durch chinesische Internatsschulen in Tibet
- Frontex: Ergebnisse der Tatsachenermittlung der LIBE-Arbeitsgruppe für Frontex-Kontrolle
- Europäische Wasserstoffbank
- EU-Strategie zur Unterstützung junger Menschen bei der Bewältigung der Wohnungs- und Lebenskostenkrise
- Geplante Auflösung von Schlüsselstrukturen zur Korruptionsbekämpfung in der Slowakei und ihre Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit

- Europäisches Verteidigungsinvestitionsprogramm (EDIP)
- Die Rolle der EU-Entwicklungspolitik bei der Umwandlung der mineralgewinnenden Industrie für eine nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern
- Entwicklungszusammenarbeit der EU zur Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern
- Paket der Kommission zur „Verteidigung der Demokratie“
- Slowakei: Bekämpfung der Korruption, Lage der Rechtsstaatlichkeit
- Die Forderung des Parlaments nach dem Recht auf Nichterreichbarkeit - 3 Jahre danach

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|--|
| 12.12.2023 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-611/22 P Illumina / Kommission und C-625/22 P Grail / Kommission und Illumina
Übernahme von GRAIL durch Illumina |
| 14.12.2023 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-457/21 P Kommission / Amazon.com u.a.
Staatliche Beihilfen - Tax Rulings |
| 14.12.2023 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 340/21 Natsionalna agentsia za prihodite
Immaterieller Schadensersatz bei Datenleck wegen Hackerangriffs? |
| 14.12.2023 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 109/22 Kommission / Rumänien (Stilllegung von Deponien)
Antrag auf Verhängung finanzieller Sanktionen wegen Nichtdurchführung eines Ersturteils |
| 14.12.2023 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 206/22 Sparkasse Südpfalz
Quarantänepflicht während des Urlaubs |
| 14.12.2023 | Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-626/22 Ilva u. a.
Emissionen des Stahlwerks Ilva im süditalienischen Tarent |
| 14.12.2023 | Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-684/22 Stadt Duisburg, C 685/22 Stadt Wuppertal und C-686/22 Stadt Krefeld (Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit)
Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Wiedererwerb der türkischen Staatsangehörigkeit |

EuG

Die Zeit vom 18. Dezember 2023 bis zum 5. Januar 2024 ist an sich sitzungsfreie Zeit.

Am Mittwoch, dem 20. Dezember 2023, verkündet jedoch das Gericht noch eine Reihe von Urteilen, und am Donnerstag, dem 21. Dezember 2023, verkündet der Gerichtshof noch verschiedene Urteile.

Zudem ist es nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 21.12.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA